

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 2,50 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Reconnais-
sance oder deren Raum 40 Pfg., für
Bereits- und Veranlassungs-Kosten,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Insertate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Dienstag, den 2. Februar 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Wahlrechtsbeschränkungen in Italien?

Einige nicht ganz klare Aeußerungen des Minister-
präsidenten di Rudini im italienischen Senate haben den
ersten Anlaß zu der Annahme gegeben, daß das italienische
Ministerium eine Einschränkung des Wahlrechts beabsichtigt.

Angesichts dieser Angabe ist zunächst die Thatsache her-
vorzuheben, daß das jetzt in Italien geltende Wahl-
gesetz keineswegs das allgemeine Wahlrecht verleiht.
Die Wahlberechtigung ist in Italien entweder von einem be-
stimmten Besitz oder, für die Nichtbesitzenden, von dem Nach-
weis der Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, abhängig ge-
macht.

Ein solches Wahlgesetz macht eine einigermaßen beträch-
tliche Vertretung der sozialistischen Arbeiterpartei im italienischen
Abgeordnetenhaus von vornherein unmöglich.

Für Crispi, welcher seit seinem Sturze unablässig nach
einem Programm sucht, das ihm den Vorwand geben könnte,
die Regierung wieder zu übernehmen, würde ein Feldzug der
gegenwärtigen Regierung zum Zwecke der Einschränkung des
Wahlrechtes ein unverhoffter Glücksfall sein.

Da selbst vom „konservativen“ Standpunkte aus gar
kein zwingender Grund zu einer Beschränkung des Wahlrechtes
in Italien vorliegt, so ist es immer noch möglich, daß das
Ministerium eine darauf gerichtete Absicht nur vorgiebt, um
den Vorwurf abzulehnen, daß es die extremen Parteien be-
günstigen wolle.

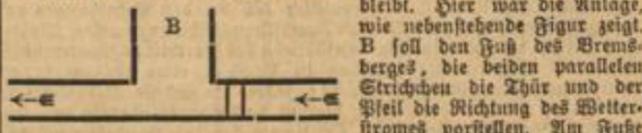
Ventilation und Massenunglücke der Gruben.

Aus Fachkreisen wird uns geschrieben:
Zu nächstfolgendem wollen wir nacheinander die Massenunglücke
auf dem Braunkohlschacht im niederschlesischen „Prinz von Preußen“
im Bochumer „Kaiserstuhl“ im Dortmund, „Neophas“ im ober-
schlesischen und „Blumenthal“ im Reddinghauser Kohlenrevier
besprechen.

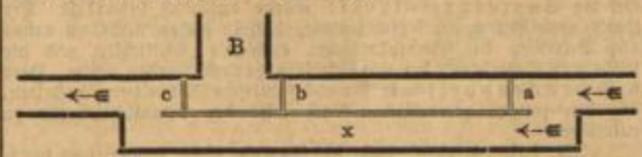
Am 31. Dezember 1895 fielen 31 Mann einer Gasexplosion auf
dem Braunkohlschacht zum Opfer, außerdem wurden 14 Mann
schwer verletzt. Die Explosion war durch ausströmende Gase hervor-
gerufen, die aber nicht plötzlich in Erscheinung traten, sondern, wie
nach den ganzen Umständen anzunehmen war, infolge der mangel-
haften Wetterführung (Luftzuführung) sich anhäuften. Hätte man
durch Zuführung von Luft die Gase genügend verdünnt und entfernt,
wie es grubentechnisch erforderlich war, dann wäre aller Berechnung
nach die Katastrophe vermieden worden.

girta 200 Mal und war in der unmittelbar vorangegangenen Schicht
ebenso oft geschehen.

Der § 7 der Bergpolizei-Verordnung des Oberbergamts Dort-
mund vom Oktober 1887 fordert aber an solchen Punkten 2 bis
3 Thüren, damit eine derselben trotz der Förderung stets geschlossen
bleibt.



des Berges ist eine kleine Erweiterung, durch welche die
Wetter bei geschlossener Thür hindurch nach dem hinter-
liegenden Betrieb zum neuen Bergwerk strömen und von da
zurück zu den einzelnen Arbeitspunkten der Unglücksgrube. Wie
es hätte sein sollen, zeigt folgende Figur:

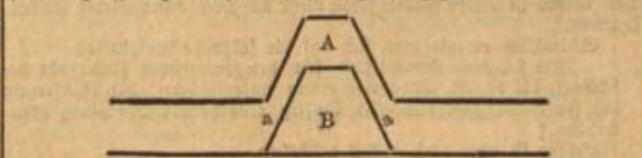


a und b sind Thüren, c ein fester Verschlag. Geht die Förderung
durch a, bleibt b geschlossen und umgekehrt. Hierbei muß der Wetter-
strom seinen Weg stets durch die (Umbruch-) Strecke x nehmen.
Hätte er das gethan, konnte sich niemals Gas ansammeln. Die
Umbruchstrecke würde ca. 300 M. gelostet haben. Wäre diese Ein-
richtung getroffen, so konnte nie die Vermuthung aufkommen, daß
durch das fortwährende Aufmachen der einen Thür am Berg-
werke der Wetterstrom für die unglückseligen Arbeitsstellen zuviel
verloren ging.

Die Gasexplosion auf „Prinz von Preußen“ im Jahre 1895 hat
37 Bergleute das Leben gekostet. Den Beamten, so schreiben die
zur Unglücksstelle geeilten Berichterstatter, wäre es verboten gewesen,
Mittelungen über das Unglück zu machen. Die Arbeiter hatten
jedoch erzählt, daß die Verbindungstrecke zwischen der 3. und
4. Sohle zu Brüche gelegen habe, weshalb man die Leichen
mehrere 100 Meter tragen mußte.

Auf Schlagwettergruben darf nach § 19 der erwähnten Berg-
polizei-Verordnung der Wetterstrom nur aufsteigend (von der
einen Sohle zur andern) geführt und die Wetterwege müssen stets in
guten, gangbarem Zustande gehalten werden. Wäre ein solcher
guter, gangbarer Weg zwischen der 3. und 4. Sohle in dem Unglücks-
schloß auf „Prinz von Preußen“ vorhanden gewesen, könnten die
Arbeiter nicht dazu kommen, das Tragen der Leichen auf das zu-
bruchsliegende der Verbindungstrecken zurückzuführen.

Nach § 18 der erwähnten Berg-Polizei-Verordnung müssen aber
solche Wetterwege mindestens 2 Quadratmeter Oeffnung haben:
Wie nun ein Bruch in einer Strecke die freie Durch-
strömungsöffnung beeinflusst, zeigt folgende Figur:



A angedrochener Raum im Dach der Strecke, B herunter-
gefallene Masse; a a die beiden freigebliebenen Stellen,
welche häufig so eng sind (mitunter ist alles zugebrochen), daß kein
Mann durchkriechen kann. Sind mehrere Brüche in einer Strecke,
so findet an den mit a a bezeichneten Stellen bei
allen Brüchen zweimal eine Hemmung des Wetterstromes
statt, welche die Kraft der Strömung fast ganz aufheben.

Es entsteht dadurch eine erhebliche Verzögerung des Luft-
abzuges und demgemäß auch Verzögerung der Luftzuführung.
Die daran interessierten Leute erhalten dann nicht das nach § 18 der
Berg-Polizei-Verordnung ihnen zustehende Luftquantum von zwei
Kubikmetern pro Minute und das hier austretende Gas wird nicht
in der vorgeschriebenen Weise verdünnt und abgeführt, sondern
sammelt sich an. Die erste Bedingung des Massenunglücks ist ge-
geben. — Der bedeutungsvollen Behauptung, daß die Verbindung
zwischen der dritten und vierten Sohle nicht intakt gewesen, ist
nicht bestritten worden und sonderbar, der Berginspektoren-
Bericht schreibt über dieses große Unglück —
gar nichts.

Auf „Kaiserstuhl“ verunglückten im Jahre 1893 über 50 Mann
durch eine Explosion in einer Banabtheilung, welche unter den
Bergleuten als ein gefährliches „Wetterloch“ bekannt war. In dem
darüber erstatteten Bericht an die Grubenbesitzer wurde seitens des
Direktors ausgeführt, wie gerade bei dem in dieser Abtheilung zur
Verfügung stehenden starken Wetterstrom die Verwaltung mehr
darauf bedacht gewesen sei, überflüssige Wettermengen
abzusperren und daß bei der nach dem Unglück erfolgten
Untersuchung keine schlagende Wetter entdeckt worden seien. Es
bleibe nur die Annahme einer Kohlenstaubexplosion übrig. Und doch
wurde in demselben Bericht gesagt, das Gebirge am Herd der Ex-
plosion sei tropfend naß.

Ob oder daß vor dem Unglück in der Abtheilung schlagende
Wetter aufgetreten, davon sagte der Bericht nichts. Bei der behörd-
lichen Untersuchung wird man schwerlich bestrebt gewesen sein,
Luftmengen abzusperren, wie vorher. — Auch davon stand nichts
im Bericht.

Die 1882 zur Untersuchung einer Reihe Zechen eingesetzte
preussische Wetterkommission hob in ganz besonderer Weise als
bemerkenswerthe Erscheinung hervor, daß auf dem Schachte Kaiser-
stuhl sogar in dem Hangenden (Gestein) eines Flözes bedeutende
Mengen Schlagwetter auftreten. Da wird man also wohl eine Gas-
explosion annehmen dürfen. Bei solcher Gasausströmung noch an
eine Kohlenstaubexplosion zu glauben, kann nur Leuten zugemuthet
werden, die von der Sache nichts verstehen.

Wo Gas sich in solchen Mengen angesammelt hat, daß es zu
einer Massenexplosion ausreichte, da bleibt es das gleiche Vergehen,
ob man die Ansammlung begünstigte dadurch, daß man keine Luft
hinsführte, oder bestrebt war, die zur Verfügung stehende Luft abzu-
sperren.

Im Jahre 1895 ereignete sich auf einer ober-schlesischen Zeche
im Bergrevier Königshütte ein Brand in der Grube. 18 Mann
und 2 Steiger kamen dabei durch Einathmen der Brandgase ums
Leben, weil sie sich, so hieß es damals, wegen Fehlens der Seilschiff-
nicht rasch genug aus den tödtlichen Gasen hätten entfernen können.
Man hat diesen Vorwurf stillschweigend aber sich ergehen lassen.
Im März 1896 entstand auf der Neophasgrube im Bergrevier
Königshütte-Kattowitz in Oberschlesien ein Grubenbrand, dem
114 Mann zum Opfer fielen. 114 Mann! Und das in einem
Massenunglück ohne Explosion!

Wenn ersterewähnten Grubenbrände fehlte eine Seilschiff; auf
„Neophas“ fehlten Ventilatoren. Trotz der großen Ausdehnung auf
der Neophasgrube — sie hat 4 Schächte, 30 Pferde im Betriebe und
eine Belegschaft von 1500 — Mann war die Wetterversorgung auf nur
2 Wetteröfen beschränkt. Diese konnten aber weder sofort still ge-
setzt, noch ihre Leistungen erheblich gesteigert werden, mochte dieses
auch für die Rettung noch so dringend erforderlich sein.

Es hieß damals, man habe vergebens mit allen Mitteln ver-
sucht, einen der ausziehenden Wetterströme zum Stillstande zu
bringen. Bei Ventilatoren, wären solche vorhanden gewesen, hätte
es nur des Willens bedurft, die Strömung der Wetter zu hemmen.
Umgekehrt einen Tag nach Beginn des Brandes gelang es einem
Steiger, an einen Wetterofen heranzukommen und zu beeinflussen, wodurch
sich fünf Bergleute gerettet wurden. Herauszuholen wollte man allerdings
alle bedrohten Leute, aber die Rettungsmannschaft konnte nirgends weit
genug vordringen, da der Rauch überall hindrang und dieser sogar
dem einziehenden Wetterstrom bis an den sogenannten einziehenden
Schacht entgegen drang und der Schacht selbst in Brand gerieth,
wodurch dann die Konfusion in der „Führung“ der Wetter voll-
ständig wurde.

Wären Ventilatoren vorhanden gewesen, so konnte man sofort
bei Beginn des Brandes in der energischsten Weise auf den Wetter-
strom einwirken, und man wäre auch im Stande gewesen, die aller-
nächstliegenden Vorkehrungen zur Abspernung des Rauches von der Ab-
theilung, worin die gefährdeten Leute arbeiteten, zu treffen. In der
Leitung der Rettungsarbeiten wäre dann keine Kopflosgkeit ein-
getreten, noch in der Führung des Wetterstromes eine Konfusion.

Wenn wir die Ursachen der verschiedenen Massenunglücke in
Unterscheidung, Verzögerung und schließlich in der Schwäche
und Planlosigkeit der Führung des Wetterstromes sichten,
so haben wir es bei der am 19. Dezember 1896
auf „General Blumenthal“ im Reddinghauser Kohlenrevier
erfolgten Gasexplosion, bei der 28 Mann ihr Leben einbüßten und
4 Mann schwer verletzt wurden, mit etwas anderem zu thun.

Im Bericht der Berginspektion von 1896 schreibt der betreffende
Berichterstatter über das Reddinghauser Revier, daß in den Gruben
viel druckhaftes, gebräutes und quellendes Gebirge sich vor-
fände. Solches zerdrückt und beschädigt die Wetterthüren, Wetter-
scheider, Verschläge etc. in ganz erheblichem Maße. Daher ist die
Führung der Wetter mit diesen Apparaten daselbst eine äußerst
schwierige, selten und auf die Dauer nie eine exakte. Mit den
beiden großen Ventilatoren, die auf „Blumenthal“ die Wetter-
versorgung leisten, kann also nicht viel ausgerichtet werden, weil
die frische Luft wegen defekter Apparate in der Führung der Wetter
nicht an die für sie bestimmten Punkte gelangt.

Das große Unglück auf „Blumenthal“ zeigt, daß trotz zweier
großer Ventilatoren eine Massenexplosion nicht vermieden
werden konnte, daß trotzdem eine große Menge Gas sich angesammelt
hatte. Woran lag das? Genau läßt es sich nicht mehr feststellen.
Aber nach Kenntniss der näheren Umstände kommt man auf die in
den Gebirgverhältnissen begründete Mangelhaftigkeit der Apparate
zur Führung des Wetterstromes als Ursache des Unglücks. Bei dem
indirekten, einseitigen System (Saugsystem) der heutigen Wetter-
versorgung der Gruben sind aber die genannten Apparate un-
entbehrlich!

Die direkte Wetterversorgung, das ist die frische Luft mit
Maschine und Hörentouren bis unmittelbar vor jeden Arbeitspunkt
der Schlagwettergruben hingeführt, dazu eine besondere, planmäßige
Abführung der verbrauchten Luft mit saugenden Ventilatoren, —
würde alle Massenexplosionen unmöglich machen.

Massenunglücke, wie das auf „Blumenthal“, sind bei der heutigen,
auch noch aus einem anderen Grunde völlig unzulänglichen, ein-
seitigen, indirekten Wetterversorgung der Schlagwettergruben so
schwer zu vermeiden, daß man bestimmt sagen kann, sie werden fort-
gesetzt erfolgen, so lange man bei der jetzigen mangelhaften und
dazu noch verkehrten Wetterversorgung bleibt.

Für die Verminderung der gesammten Verunglückungen sind
unabhängige Kontrollbeamte aus den Reihen der Bergarbeiter un-
erlässlich. Für die Verhütung der Massenexplosionen auf Schlag-
wettergruben giebt es kein anderes als das vorhin erwähnte Mittel.

Angesichts der für die Grubenverwaltung in Frage stehenden
strengen Bergpolizeivorschriften und des Umstandes, daß trotz dieser
strengen Vorschriften die Wetterversorgung von den Grubenbeamten
nur im Nebenamte geleistet wird, erscheint die nach jedem
Massenunglück unter den armen davon betroffenen Bergarbeitern
angestellte Suche nach dem Karmel als höchst alberne Ent-
schuldigung, die die Aufmerksamkeit von dem wahren Schuldigen
ablenken will.

Politische Ueberblick.

Berlin, 1. Februar 1897.

Das preussische Abgeordnetenhaus fehrte heute die
Debatte über den Antrag King betr. Vorkehrungen
gegen Viehseuchen fort. Einigen Herren gehen die
agrarischerseits geforderten Absperrungsmaßregeln noch nicht
weit genug; unter Führung des Grafen Hoenstroeck (B.)
beantragten sie daher auch das Verbot der Einfuhr von frischem
Fleisch aus den Niederlanden. Andererseits beantragte der
Abg. Petcha (B.) eine geringe Milderung, insofern als er
die Einfuhr russischer Schweine nicht gänzlich verboten wissen
mollte; er verlangte, daß die Schließung der Grenze gegen die
Einfuhr russischer Schweine aufrecht erhalten und die Einfuhr

russischer Schweine nur ausnahmsweise — unter sofortiger Abschachtung in öffentlichen Schlachthäusern — bis auf weiteres noch in soweit zugelassen wird, als dies im Interesse der Versorgung des ober-schlesischen Industriebezirks mit Schweinefleisch und Speck sich als notwendig erweist.

Einen schweren Stand hatte in der heutigen Debatte der erste Redner der Nationalliberalen, Abg. Oswald. Diese Partei hat in ihrer Mehrheit den Antrag King unterschrieben, aber nach der scharfen Erklärung des Ministers v. Hammerstein ein gegen den Antrag wurde den Herren vor ihrer eigenen Kühnheit bange; sie wollten es auf keinen Fall mit der Regierung verderben, und so ließen sie denn heute in den bekannten nationalliberalen Medewendungen verknüpfen, daß sie mit den Einzelheiten des Antrags gar nicht einverstanden seien und daß ein Teil von ihnen nur seine Unterschrift hergegeben hätte, um dadurch der Sympathie für den Grundgedanken des Antrags, die Verhinderung von Viehschäden, Ausdruck zu geben. So treibt die blasse Furcht vor der Regierung diese tapferen Mannesgeister dazu, sich selbst zu verleugnen.

Der Landwirtschaftsminister schlug heute eine weit mildere Tonart an, als in der vorigen Sitzung. Zwar bezeichnete er auch heute noch den Antrag als unannehmbar und wandte sich gegen die der Veterinärpolizei gemachte Zuzahlung, eine Preissteigerung für inländisches Vieh zu bewirken; aber dadurch, daß er die Landwirtschaft als das von allen produktiven Gewerben am schwersten bedrängte bezeichnete, und dadurch, daß er sich offen als einen scharfen Gegner der Handelsverträge bekannte, gelang es ihm, die Herren auf der Rechten einigermaßen zu versöhnen. Nur der Abg. King polemisierte noch einmal heftig gegen ihn, da die Landwirtschaft es satt habe, zu warten. Nach recht langer, aber unbedeutender Debatte wurde die weitere Beratung auf Sonnabend vertagt. In den Zwischentagen fallen die Plenarsitzungen aus, damit die Budgetkommission Zeit zum Arbeiten gewinnt.

Die Moral der Oberen und Obersten, die dem Volke Moral predigen und es mit Gewalt und Polizei „sittlich“ machen wollen, ist von jeher eine sehr merkwürdige gewesen — seit einiger Zeit aber bezieht sie sich so drastisch, daß auch dem Wüdeiten die Schuppen von den Augen abfallen müssen. Man nehme nur die Ständekronik der letzten Wochen.

1. Eine Tochter des Königs von Spanien — leider nicht Volkes — Gnaden Don Carlos von Spanien brennt mit einem verheirateten Kaiser durch. 2. Eine Tochter des belgischen Kaiser-Königs Leopold, Frau eines Fürsten von Koburg-Kohary und Schwägerin der Kaiserin, die sich in die Ehe mit einem von dem beleidigten Mann erschossenen österreichischen Er-Thronfolger Adolf wie des Fürsten von Bulgarien, ist mit einem Offizier durchgebrannt. 3. Prinzessin Chimay, Tochter eines frommen amerikanischen Millionärs und Frau eines französischen Fürsten mit indigoblanem Blut, ist mit einem Sineuer durchgebrannt, und wurde vor einigen Tagen aus Brüssel ausgewiesen, weil sie mit ihrem Liebhaber allzu öffentlich Adam und Eva spielte. Das ist eine ganz hübsche Klammerei. Und um sie zu vervollständigen, sei noch der Fall des Grafen Verusorff erwähnt, der einer verächtlichen Dame die Ehe versprach, und zwar auf Kavalierehre, sein Kavalierehrentwort aber brach, und zwar unter dem Einfluß der gräflichen Familie, welche, wie ein Bruder des Grafen in einer „Erklärung“ darlegt, die Ehescheidung des — gegebenen Verusorffs zu hinterziehen sich verpflichtet hielt. Wir erfahren auf diese Weise, daß ein Kavalierehrentwort auch in den höchsten Kreisen der Kavaliere nur dann Gültigkeit hat, wenn „die Ehescheidung“ den Herren paßt.

Verfahren will uns ein Londoner (?) Korrespondent der „Münchener Neuesten Nachrichten“, derselbe schreibt d. d. London 27. Januar:

Gegenüber der Behauptung des „Vorwärts“, das englische Parlament sei noch leerer als das deutsche, mag doch darauf hingewiesen werden, daß in den verschiedenen Abstimmungen, zu denen die Amendements der Adressdebatte Veranlassung gaben, nie weniger als 200 und gewöhnlich über 300 Abgeordnete abstimmten. Und keine dieser Abstimmungen war von der geringsten Bedeutung.

Der Schreiber dieser belehrenden Notiz ist offenbar noch sehr unerfahren. Denn er weiß nicht, daß die Adressdebatte u. des englischen Parlaments Haupt- und Staatsaktionen sind — und zwar erst nachher, in denen Regierungen gestützt und gegründet werden. Er scheint auch nicht zu wissen, daß das englische Parlament bei weitem mehr Mitglieder zählt als der deutsche Reichstag — 670 gegen 397 —, so daß die angegebene Zahl der anwesenden Mitglieder für die Adressdebatte eine außerordentlich niedrige ist.

## Deutsches Reich.

Reichseinnahmen. In der Zeit vom 1. April 1896 bis zum Schlusse des Monats Dezember 1896 sind im Deutschen Reich folgende Einnahmen (einschließlich der kreditierten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie andere Einnahmen zur Anschreibung gelangt.

Zölle 352 930 760 M. (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 41 887 031 M.), Tabaksteuer 8 084 022 M. (+ 247 847 M.), Zuckerversteuer und Zuschlag zu derselben 77 766 372 M. (+ 14 295 938 M.), Salzsteuer 36 010 783 M. (+ 1 080 303 M.), Meißelbottich- und Brauntweinmaterialsteuer 5 112 575 M. (+ 1 223 650 M.), Verbrauchsabgabe von Brauntwein und Zuschlag zu derselben 94 750 887 M. (+ 5 228 601 M.), Brennsteuer 574 497 M. (+ 317 192 M.), Brausteuern 21 204 190 M. (+ 615 958 M.), Uebergangsabgabe von Bier 2 825 831 M. (+ 64 090 M.), Summe 599 259 417 M. (+ 60 818 116 M.), Stempelsteuer für: a) Wertpapiere 11 076 733 M. (+ 245 954 M.), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 9 621 417 M. (+ 618 098 M.), c) Loose zu: Privatlotterien 3 188 796 M. (+ 621 507 M.), Staatslotterien 10 685 448 M. (+ 656 521 M.), Spielkartenstempel 1 065 970 M. (+ 63 940 M.), Weichselstempelsteuer 6 811 584 M. (+ 368 805 M.), Post- und Telegraphen-Verwaltung 225 054 824 M. (+ 10 561 872 M.), Reichs-Eisenbahnverwaltung 54 540 000 M. (+ 3 100 000 M.).

Die zur Reichskasse gelangte Zins-Einnahme abzüglich der Aufzinsvergrößerungen und Verwaltungslosten beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Dezember 1896: Zölle 309 092 763 M. (+ 33 960 287 M.), Tabaksteuer 9 505 406 M. (+ 593 261 M.), Zuckerversteuer und Zuschlag zu derselben 73 997 024 M. (+ 14 382 800 M.), Salzsteuer 32 988 995 M. (+ 1 219 987 M.), Meißelbottich- und Brauntweinmaterialsteuer 7 910 875 M. (+ 1 919 715 M.), Verbrauchsabgabe von Brauntwein und Zuschlag zu derselben 77 735 618 M. (+ 4 799 573 M.), Brennsteuer 267 448 M. (+ 112 518 M.), Brausteuern und Uebergangsabgabe von Bier 20 419 265 M. (+ 577 970 M.), Summe 531 817 484 M. (+ 53 746 661 M.). — Spielkartenstempel 993 392 M. (+ 70 761 M.).

Glänzend ist nach diesem Aufweise der Stand unserer Reichsfinanzen und dabei reden unsere Posadowsky's, Wötticher's und Stephan's stets von der finanziellen Nothlage des Reichs, da ja amert der nunmehrige Herr v. v. Miquel über die Sorgen, die der preussischen Finanzverwaltung seitens des bösen Reichs, das ist in diesem Falle der Reichstag, gemacht werden. Ueber 10 1/2 Millionen Mark Reichseinnahmen gegenüber dem Vorjahre hat in 3/4 Jahren der Chef der Reichspostverwaltung und im Reichstage erklärt er auf jede Anregung einer Reform, daß diese an sich vielleicht ganz berechtigt, aber aus finanziellen Gründen undurchführbar sei. Ja freilich, wenn das Volk aus erhöhten Reichseinnahmen und aus noch zu bewilligenden Steuern nur die Pflicht zu größeren Aufwendungen für Meer und Flotte gewinnen sollte, dann hätten unsere

Herren in Ministerkrads freilich recht. Das Volk ist natürlich anderer Meinung.

— Herr v. Köller soll nun Oberpräsident von Schleswig-Holstein werden. Nach Berichten aus dieser Provinz soll hierüber nicht gerade Freude herrschen.

— Die Fortbildungs- und Fachschulen sind der Beratungsgegenstand einer aus hohen Ministerialbeamten, Männern aus der Praxis und Schuldirektoren zusammengesetzten Kommission gewesen, die anfangs Januar vorigen Jahres auf Einladung des verstorbenen Handelsministers v. Berlepsch zusammengetreten war. Der Bericht hierüber ist im Handelsministerium redigiert worden. Die Herren Beamten haben sich dabei aber so gute Zeit genommen, daß das Manuskript erst am 21. Januar dieses Jahres dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mit dem Ersuchen um Brudlegung zugehen konnte. Am 29. d. M. ist der gedruckte Bericht nun an die Abgeordneten vertheilt worden.

Man war sich in der Versammlung über die außerordentlichen Mängel der preussischen technischen Lehranstalten einig. In künstlerischer Beziehung siehe Preußen hinter dem Ausland, Frankreich, Oesterreich, auch hinter Süddeutschland zurück. In Vaugenerischen war ein solcher Mangel, daß jährlich bis zu über 2000 Aufnahmen Begehrende zurückgewiesen werden mußten. Für Freistellen stehen 10 pCt. der Schulgeldernahme zur Verfügung; es ist deswegen aber, um Mehrausgaben für die Staatskasse zu vermeiden, das Schulgeld pro Semester von 50 auf 80 Mark erhöht worden! Grund auch hier: unser Liberaler, bildungs- und kulturfreundlicher Finanzminister v. Miquel. Mehrfach wurde konstatiert: Die Hindernisse für die Vermehrung der Schulen liegen namentlich auf dem Gebiet des Finanzministeriums, und man müsse durch geeignete Beschlüsse dem Handelsminister gegenüber dem Finanzminister „einen größeren Nachhalt“ geben.

Recht interessant sind namentlich die bei den Beratungen zu Tage geforderten Ansichten über die Fortbildungsschulen gewesen. Mehrfach wurde die obligatorische Einführung des Fortbildungsunterrichts gefordert. Gegenwärtig besuchen in Preußen etwa 122 000 junge Leute einen Fortbildungsunterricht; wäre die Schule obligatorisch, wären es 400 000 sein. Auch hier ist das Haupthinderniß der unbereitene Herr Finanzminister. Der Kommissar des Handelsministers, Geheimrath Simon, erklärte, die Hauptursache für den unerfreulichen Zustand der Fortbildungsschulen sei die Beschränktheit der zu Gebote stehenden Mittel gewesen, beispielsweise für die weiblichen Fortbildungsschulen habe „so gut wie gar nichts“ geschaffen werden können.

Auch die von den Fortbildungsschulen zu erwartende Einwirkung auf die Sozialdemokratie wurde natürlich behandelt. Der Handelsminister v. Berlepsch meinte, daß in diesen Anstalten neben dem Betreiben der Elementarfächer auch die „Sittlichkeit und die Liebe zum Vaterland“ bei den Schülern geweckt werden müsse. Herr v. Schenckendorff war für obligatorische Fortbildungsanstalten, um den jungen gewerblichen Nachwuchs der Sozialdemokratie zu entreißen.

Ich habe gesehen, daß die Jugend nicht immer von vornherein verdorben ist, sie ist nur verlassen, die menschliche Gesellschaft nimmt sich ihrer nicht an. Die alten Sitten sind gefallen, und wir haben die Verpflichtung, neue Sitten anzuführen, wenn wir die Zukunft des Vaterlandes im Auge haben. Wir haben uns der Jugend anzunehmen, wenn wir sie nicht ins sozialdemokratische Lager hineintreiben wollen.

Genau entgegengesetzter Meinung war der Berliner Stadtschulrath Prof. Dr. Vertram. Er erzählte, daß man in Berlin jetzt Fortbildungsschulen „Sottesdienste“ in den Kullen abhalte, und zwar am Sonntag früh von 8 bis 9, so daß man von 9 ab in den Lehrstühlen unterrichten könne. Den Zwang zum Besuch der Fortbildungsschulen verschmäh er aber, da er nicht wisse, wann sich der selbständige Wille und Charakter bilden solle, wenn man die Jugend zwangsweise bis zum 14. Jahre in die Volksschule, dann bis zum 18. in die Fortbildungsschule und schließlich noch zwei bis drei Jahre zum Militär bringe.

Die Schattenseite der obligatorischen Fortbildungsschule ist die Unselbständigkeit, und je weniger wir den selbständigen Willen pflegen, desto mehr überantworten wir das heranwachsende Geschlecht denen, welche die bestehende Gesellschaftsordnung bekämpfen.

Es muß doch eine sehr schwierige Sache sein, der Sozialdemokratie an den Krügen zu kommen, wenn so gelehrte Leute, um dasselbe Ziel zu erreichen, genau entgegengesetzte Wege wollen!

Das uns selbst betrifft, so sind wir bekanntlich für obligatorischen Fortbildungsunterricht; aber nicht so, daß die lämmlichen Ruhestunden der jungen Leute nach Feierabend und am Sonntag hierzu verwendet werden, sondern so, daß die Meister und Unternehmer gewisse Vor- oder Nachmittagsstunden hierzu freizugeben haben. So lange dies nicht gesetzlich festgelegt ist, wird es mit den Fortbildungsschulen nicht viel werden. Den Unterricht in den Abend- und Sonntagstunden obligatorisch zu machen, könnten wir nicht billigen. Das würde in vielen Fällen schon mehr auf Menschenquälerei herauskommen.

Schließlich einigte man sich auf die folgende Resolution: Die ständige Kommission für den technischen Unterricht beschließt, die künftl. Staatsregierung aufzufordern, der Förderung des Fortbildungsschulwesens künftig eine höhere Beachtung zuzuwenden.

Widder ist aber noch nichts geschehen.

— Die freisinnige Vereinigung hatte sich an die freisinnige Volkspartei gewandt, um eine Garantie für die Sicherung ihres Besitzes zu erhalten. Die Antwort Eugen Richters ist diktatorisch gehalten, aber kommt einer Abgabe gleich. Mit der großen liberalen Partei ist es auch diesmal nichts.

— Die mangelnde Beachtung, um nicht zu sagen Nichtbeachtung, der das Reichs-Versicherungsamt auf Seiten des Reichsamts des Innern begegnet, ist schon längst aufgefallen. Die „Voss. Ztg.“ bringt gestern die folgende Notiz:

Daß der Präsident des Reichs-Versicherungsamts Dr. Böttcher den Verhandlungen im Reichstage über die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz nicht beigewohnt hat, hat, wie hier mehrfach hervorgehoben wurde, Befremden erregt, und der daraus gegogene Schluss einer zwischen dem Reichs-Versicherungsamt und dem Reichsamt des Innern bestehenden Spannung wurde auch durch die Erklärungen des Herrn v. Böttcher nicht widerlegt. Wie nun die von dem Mitgliede des Reichs-Versicherungsamts, Baumeister Jelsch, herausgegebene „Vaugener's-Ztg.“ mittheilt, ist die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz im Reichs-Versicherungsamt auch nicht bearbeitet worden; wenigstens sind die nichtständigen Mitglieder des Amtes, die doch die gewählten Vertreter aus den Kreisen der Berufsgenossenschaften und Arbeiter sind, niemals zu den Beratungen und Aussprachen herangezogen.

Wir können diesen Mittheilungen hinzufügen, daß nach unseren Informationen das Reichs-Versicherungsamt auch bei der Vorbereitung der im September veröffentlichten Fassung des Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetzes nicht mitgewirkt hat. Trotzdem das Reichs-Versicherungsamt fast ausschließlich mit dem Versicherungsgesetz zu thun und insoweit dessen große Erfahrungen in der Materie hat. Der Entwurf ist in dem dem Minister v. Böttcher unterstellten Reichsamt des Innern bearbeitet und dem Reichs-Versicherungsamt ebenso wie dem übrigen Publikum erst durch die Veröffentlichung bekannt geworden.

Was zu diesen sonderbaren Zuständen die Ursache ist, ob die weitreichenden Einflüsse der Berufsgenossenschaften dahinterstehen, denen die vom Reichs-Versicherungsamt geübte unparteiische Rechtsprechung von jeher ein Dorn im Auge ist, — oder ob sich Herr von Böttcher an dem verhältnismäßigen Vertrauen stößt, das in den Arbeiterkreisen der Bäckerei des Reichs-Versicherungsamtes und seines Präsidenten Dr. Böttcher entgegengebracht wird, mag dahingestellt bleiben.

Altona, 1. Februar. (Sig. Ber.) Die Wiederwahl des Margarinefabrikanten Mohr-Bahrenfeld zum Abgeordneten für den preussischen Landtag ist gesichert. In einer gestern Nachmittag abgehaltenen Wahlmänner-Versammlung, welche von 180 Personen besucht war, entschieden sich 129 dafür, Mohr wiederwählen zu wollen. Später haben sich noch 12 Wahlmänner durch Unterschrift für die Wahl Mohr's erklärt. Doch letzterer die Wahl wieder annehmen wird, steht bei seiner Großmuthsucht wohl außer allem Zweifel.

Die privilegierten Wähler von Altona-Ostensen scheinen keines besseren Vertreters werth zu sein.

Weimar, 1. Februar. Bei der heute stattgehabten Eröffnung der außerordentlichen Landtags-Session wurden in der zur Vorlage gebrachten Eröffnungsschrift Gesetze über den Ausbau der Selbstverschätzung zur Einkommensteuer, über die Umgestaltung der Landeskreditkassen, sowie die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches angekündigt.

— Aus dem ersten weimarer Wahlkreise. Bekanntlich versuchen die Konservativen die Ungültigkeitserklärung der Reichstagswahl mit allen Mitteln zu verhindern. In Rymansdorf und Schloßvippach — die beiden Orte, welche infolge der dort vorgekommenen Unregelmäßigkeiten für die Ungültigkeitserklärung hauptsächlich in Betracht kommen, — war man deshalb auch, nachdem kurz vor Weihnachten Radford den Antrag auf Vertagung dieser Wahlprüfung gestellt hatte, in gewissen Kreisen sehr thätig, um Material — Erklärungen — zur Verhinderung der Ungültigkeitserklärung beizubringen. Am Neujahrstag waren zufällig (?) die tonangebenden Personen des unter der Leitung des Lehrers Otto Caspar stehenden Reichsbereichs in Schloßvippach im Georg'schen Restaurant versammelt; bei der Besprechung über die Wahlanglegenheit äußerte sich ungefähr der Herr Pfarrer Friedrich Schmidt: „Wenn man das Ausklagen ausgegriffen hätte, da wäre es schon längst rum“. Es haben sich nun trotz geübter Vertuschungsarbeit genügend Zeugen gefunden, die trotz der neueren gegentheiligen Erklärungen unter Eid bekunden können, daß die im Protest angeführten Unregelmäßigkeiten tatsächlich vorgekommen sind. In Schloßvippach sind im Auftrag des Gemeinde-Vorstandes Theodor Leberl durch den Gemeindevorstand am Tage vor der Stichwahl in ordentlicher Weise durch Ausschließen und Ausschließen die Wähler aufgefordert worden, nur den Kandidaten der Ordnungspartei, den Gutsherrn Reichmuth zu wählen. — Das sind Fälle der traffen Wahlbeeinflussungen, daß selbst der Pfarrer zugeben muß, durch das Ausgreifen — Bekanntwerden — derselben, sei die Wahl ungültig.

## Schweiz.

Zürich, 30. Januar. (Sig. Ber.) Die Agitation für und gegen das Bundes-Vankesetz, worüber am 28. Februar das Volk abzustimmen hat, hat begonnen. Unsere Genossen haben bereits an mehreren Orten in Volkerversammlungen für die Annahme des Gesetzes agitiert, so Greulich, Wallislieger u. a. Das Bundes-Vankesetz hat so wenig wie das Eisenbahn-Verkündungsgesetz eine unmittelbar praktische Bedeutung für die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes, allein es bedeutet gegenüber dem jetzigen Zustande mit dem Monopol der privaten Bankokonomie eine sozialpolitische Fortschritt und deshalb ist auch alles im oppositionellen Lager, was zum Großkapital gehört und von der Ausbeutung anderer lebt. Die Genossenschaft haben zur Bekämpfung des Gesetzes bereits eine ganze Organisation geschaffen und für die Organisationsarbeit einen Feldzugsplan aufgestellt. Offenlich machen sie damit glänzendes Plaisir.

In Genf findet am 28. Februar, am Tage der Abstimmung über das Vankesetz, auch die Ersatzwahl für Bundesrath Bachenal in den Nationalrath statt. Er war der einzige von den sieben Bundesräthen, der sich der sogenannten Komplimentenwahl in den Nationalrath unterzog und im Dezember mit seinen sechs Kollegen wieder als Bundesrath bestätigt wurden. Die Radikalen in Genf, denen im vorigen Herbst die Sozialdemokraten in einem vollständigen Siege über die Konservativen verholfen haben, überlassen diesen den zu besetzenden Sitz ohne Kampf. Die Sozialdemokraten gehen selbstverständlich leer aus.

## Frankreich.

Paris, 1. Februar. Die Aufführung des Ohnel'schen Dramas „Le Colonel Roquebrune“ im Theater der Porte St. Martin giebt jeden Abend zu bonapartistischen Kundgebungen Anlaß. Man glaubt, die Polizei werde die Vorstellungen verbieten.

Die arme Republik, die sich vor einem Theaterjubiläum fürchtet. — Maire und Präsekt. Im Departement des Nordens ist ein neuer Präsekt eingesetzt worden, da der vorige sich den Sozialisten gegenüber zu unfähig bewiesen hat. Dem neuen Präsekt — Laurencan — hatte am Sonnabend der Maire von Lille, unser Freund Delory, den sozialistischen Stadtrath vorzustellen. Er erklärte kurz: Sie kennen die Grundzüge der Majorität unseres Stadtraths — wo es sich um das Wohl unserer Stadt und ihrer Bürger handelt, werden Sie stets auf uns zählen können! Als der Präsekt dann antwortete: daß er von der Revolution ebenso entfernt sei als von der Reaktion, daß er aber für das Wohl der Stadt Lille mit dem Stadtrath zusammenwirken und an Eifer weitergehen werde, ergriff Delory nochmals das Wort und bemerkte: In Bezug auf Lille werden wir also einig sein. Sie dürfen jedoch nicht vergessen, daß wir mit einem festen Programm in das Stadthaus eingezogen und daß wir entschlossen sind, dieses unser Programm vollständig zu verwirklichen.

Der Präsekt sagte nichts weiter und die „Vorstellung“ war zu Ende.

## Belgien.

Die Offiziere a. D. der belgischen Armee erklärten sich für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

## England.

London, 29. Januar. (Sig. Ber.) England und Indien. Uebereinstimmung zwischen Regierung und „Front Bench“ (die vorderste Bank — nämlich der Opposition —, auf der die Mitglieder des abgetretenen Ministeriums sitzen) stellte sich bei der Debatte über den Antrag des liberalen Abgeordneten Sir William Wedderburn heraus, der Untersuchung der Ursachen der völligen Hinfälligkeit und Widerstandlosigkeit der indischen Bevölkerung gegen Nothstände verlangt. Der konservative wie der ihm im Amt vorangegangene liberale Staatssekretär stimmten ein Pöbel an über die Leistungen der englischen Verwaltung in Indien. Großartige Bewässerungsanlagen, Kanalisationen u. seien hergestellt, ein weites Netz von Eisenbahnen gebaut worden — kurz, alles Menschennögliche geschehen, um Nothständen wirksam zu begegnen. Aber gegen hartnäckig ausbleibenden Regen sei jede Regierung ohnmächtig. Wichtiges Projekt der 300 Millionen Indier lebten von der Landwirtschaft, und Regen sei Nothmaterial für sie, ohne das sie nicht bestehen könnten. Uebrigens habe man es nicht mit einem einmaligen Nothstand zu thun, sondern mit einer ganzen Reihe aufeinanderfolgender Missernten. Eine Untersuchung sei zwecklos, die Verwaltung sei sparsam und unfähig und habe unermesslich viel Gutes in Indien geschaffen. Nach Lord Hamilton, dem jetzigen Staatssekretär, eigentlich zu viel Gutes, denn unter der Fülle des ihr widerfahrenen Segens habe sich die Bevölkerung etwas gar zu schnell vermehrt. Da scheint der Himmel also ein Einschieben gehabt zu haben.

Der Antragsteller, der jahrelang Verwaltungsbeamter in Indien gewesen, sieht in der Stärkung, resp. Wiederherstellung der indischen Dörfer die wirksamste Schutzmaßregel. Nicht gegen Dürren an sich, — die kann natürlich keine Form der Verwaltung verhindern, denn die besten Bewässerungsanlagen sind vergeblich, wo alles austrocknet ist. Aber durch das Mittel der Dörfergemeinden könne an besten für Aufspeicherung von Getreidevorräten gesorgt und jenen moralischen Depressionen vorgebeugt werden, denen der vom Wucherer ausgepörrte isolierte Indier so leicht anheimfällt. Die alt-



In Dessau hat die Militärbehörde den Besuch derjenigen Lokale verboten, deren Inhaber im sozialdemokratischen „Volkblatt“ für Anhalt“ inserieren. Eine Arbeiterversammlung sagte sich nun: „Wart wider Wurf“ und erklärte es als Pflicht aller Dessauer Arbeiter, diejenigen Geschäftskonten und Bütche zu meiden, die trotz ihrer Arbeiterfreundlichkeit das „Volkblatt“ nicht abonnieren oder darin nicht inserieren. Man kann über diesen Beschluss verschiedener Meinung sein, jedenfalls erklärt er sich durch das Vorgehen der Militärbehörde. Das „Volkblatt“ druckte den Beschluss ab, wofür ihm jetzt ein auf 10 Mark lautender Strafbefehl zugestattet ist. Die Militärbehörde, die den Anlaß zu dem Boykott gab, geht frei aus.

## Gewerkschaftliches.

Zug von Arbeitern nach Hamburg ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegung aufs strengste fernzuhalten! Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (M. Millarg, Berlin S., Anckenstr. 16.)

### An die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins!

Auf heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, sind von den Vertrauensmännern der Berliner Bäcker-Gesellschaft vier große Versammlungen einberufen mit der Tagesordnung: „Zustände im Berliner Bäcker-Gewerbe auf Grund einer statistischen Erhebung.“ Die Versammlungen werden in folgenden Lokalen abgehalten: Nieß's Festsaal, Weberstraße 17, Grindel's Festsaal, Brunnenstraße 188, Ahren's Brauerei, Thurnstr. 28 (Moabit) und im Königshof, Bülowstr. 87-40 (für das Potsdamer Viertel). Referenten sind Abg. W. Viebeck, Abg. Emanuel Wurm, Abg. Robert Schmidt und Schriftsteller S. Rachenstein. Außerdem haben aus bürgerlichen Kreisen eine Reihe von wohlgeleiteten Personen ihr Erscheinen zugesagt. Wir laden unsere Genossen, soweit es ihnen möglich ist, zu erscheinen, insbesondere aber unsere Genossinnen zu recht zahlreichem Besuche ein, damit sich die Versammlungen zu einer imposanten Protestkundgebung gegen die menschenwürdigen Zustände im Bäckergewerbe gestalten.

Die Vertrauensmänner:  
F. Schneider, A. Höpner.

### An die Arbeiter Deutschlands!

Der Stand der Ausperrung der Weissenfelder Schuhmacher ist bis jetzt der alte geblieben. Verhandlungen mit dem Fabrikantenverein haben zu keinem Resultate geführt.

Die von den Ausgesperrten nach der Proklamierung des Generalstreiks aufgestellten Forderungen sind: Einführung der 9stündigen Arbeitszeit, Festsetzung von Minimal-Wochenlöhnen (für erwachsene Arbeiter 15 M., für Arbeiter unter 16 Jahren 4,50 M., für Ältere bis zum 21. Lebensjahre 9 M.) und von Minimal-Akkordlöhnen, unentgeltliche Lieferung sämtlicher Zubehöre etc.

Da das Ende des Streiks noch nicht abzusehen ist und die Unternehmer versuchen, die Organisation der Schuhmacher Deutschlands in Weissenfelds Jucht zu machen, so ist es wohl Pflicht der Ausständigen, den Kampf aufrecht zu erhalten. Die wöchentlich zur Auszahlung gelangenden Streikgelder belaufen sich auf rund 9000 M. für 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Infolge des Hamburger Hasenarbeiter-Streiks fließen die Gelder für die Weissenfelder Ausgesperrten ziemlich spärlich, daher ersuchen wir die auswärtigen Genossen um bessere materielle Unterstützung, damit wir nicht gewungen sind, aus Mangel an genügender pekuniärer Unterstützung den Kampf aufzugeben, oder einen den Arbeitern unwürdigen Vertrag einzugehen.

G. Rebs, Die Zentr.-Streikkommision.  
Vorf. des Gewerkschaftsartikels, Fr. Fleischhauer.  
Gelder sind an Hugo Kirchner, An der Kirche Nr. 5, zu senden.

Die Auszahlung erfolgt Dienstags. Die Unterstützungssätze differieren zwischen 8-9 M.

An die Bäcker Berlins! Kollegen, besucht zahlreich die von mir im Inzeratenteil angekündigte Versammlung, wenn Ihr nicht wollt, daß Eure Lage immer noch weiter herabgedrückt werden soll. Lässigkeit in Euren eigenen Reihen ist der größte Feind!

Der Vertrauensmann.

Serberge und Arbeitsnachweis für Gärtner in Hamburg. Die Gärtnervereine von Hamburg und Umgegend haben in der „Löffinghale“ in Hamburg, Gäusemarkt 35, eine Serberge, verbunden mit Arbeitsnachweis, eingerichtet. Für gute Betten, entsprechende Speisen und Getränke zu sehr mäßigen Preisen ist Sorge getragen. Der Arbeitsnachweis ist für Prinzipale und Gehilfen unentgeltlich. Anfragen von außerhalb ist Porto beizufügen.

Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Aus Brandenburg wird das Ersuchen an die Maurer Berlins gerichtet, den Zug nach dortin streng fernzuhalten.

Aus Weissenfeld wird uns berichtet: Am Sonntag wurden drei große Versammlungen der Zwicker, Maschinenarbeiter, Stepperinnen und Vorrichterinnen abgehalten. Einmütig erklärten die Streikenden, an den Forderungen festzuhalten und die Fabrik nicht eher zu betreten, bis jeder Branche annehmbare Zugeständnisse gemacht sind. Diese Woche wird die Zentral-Streikkommision das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen. Die Unterstützung wird den Streikenden Dienstag nachmittags ausgezahlt. Ein Telegramm meldet uns noch: Die Polizei geht jetzt schärfer gegen die Arbeiter vor. Die Genehmigung zu Sammlungen ist zurückgezogen und zehn Gendarmen sind in Weissenfeld stationiert worden. Am Montag gab es einige Streikbrecher, was jedoch auf den Stand des Streiks ohne Einfluß ist. Mehrere Fabrikanten erkennen die Zentral-Streikkommision an, andere wollen bloß mit der Streikkommision ihrer Fabrik verhandeln. Der Oberpfarrer Lorenz ermahnte von der Kanzel herab beide Teile zum Frieden. Am Dienstag sind Versammlungen der Ausständigen, der Arbeitslosen anderer Branchen und der Frauen der streikenden Schuhmacher.

Der Verein Weissenfelder Schuh- und Schäftefabrikanten erläßt im Kreisblatt eine Bekanntmachung, worin er die Arbeitslosen aller Branchen auffordert, sich zur Erlernung aller in den Schuhfabriken vorkommenden Arbeiten zu melden. Bei der in den Fabriken herrschenden Teilarbeit sei jede Beschäftigung innerhalb weniger Tage auch für den minder Geschickten leicht zu erlernen. Der Verein ist so gütig, mitzubedenken, daß bisherige Angestellte jetzt bevorzugt würden, später aber nur soweit, als noch Stellen offen wären.

Es darf wohl erwartet werden, daß es den Fabrikanten nicht gelingen wird, die zur Fortführung ihres Betriebes erforderliche Zahl von Streikbrechern zu bekommen. Außer moralischer Unterstützung der Streikenden ist aber auch finanzielle Hilfe dringlich notwendig.

Der Verband aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter Deutschlands hat in den drei Jahren 1894, 1895 und 1896 an streikende und gemahregelte Mitglieder 28 768 M. Unterstützung aus seinen Mitteln gezahlt. Außerdem kamen für den gleichen Zweck durch Listenansammlungen 57 391 M. ein, wovon ein bedeutender Teil aus anderen Berufen stammt. Insgesamt sind an Streik- und Gemahregelten Unterstützung rund 86 000 M. geleistet worden. Die Verbandseitung hofft, daß infolge der Betragserhöhung, die von der vorjährigen Generalversammlung beschlossen worden ist, das Listenansammeln eingeschränkt werden kann. An Reise-Unterstützung sind rund 48 000 M., an Familienunterstützung (an verheiratete reisende Mitglieder) 8200 M., an Unterstützung bei Umzügen 8500 M. gewährt worden, in Summa rund 63 300 M. Die Zahl der beitragsabgebenden Mitglieder beträgt im Durchschnitt 4000.

Der Kongress der christlichen Vergarbeiter-Vereine Deutschlands, der in Bochum abgehalten wird, und zu welchem

zahlreiche Vertreter aus allen Theilen Deutschlands eingetroffen sind, wurde am Sonntag nachmittags mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser eröffnet. Der Bergmann Brust hob in einer Ansprache hervor, die christlichen Arbeiter wollten keinen Ausstand, sie wollten aber die augenblicklich günstige Konjunktur zur Erzielung höherer Löhne benutzen. Es sprachen alsdann unter großem Beifall Geheimrath Professor Dr. Adolf Wagner-Berlin, Professor Dr. H. H. W. Müller und Landgerichtsrath Kulemann-Braunschw. Prof. Wagner äußerte sich über den Unternehmergewinn und den Arbeitslohn und verlangte mäßigen Gewinn für die Unternehmer und entsprechende Löhne für die Arbeiter. Prof. Müller erklärte die Aufgaben der Gewerksvereine und Landgerichtsrath Kulemann besprach die Berechtigung und den Nutzen der Gewerksvereine unter Hinweis auf die englischen Gewerkschaften. Dem Kongress wohnten auch Pfarrer Raumann, Pfarrer Weber-Glabbach, sowie Vertreter der lgl. Bergbehörde bei. Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Montag.

In den „Preussischen Jahrbüchern“ führt Prof. Dr. Karl Diehl in Halle a. S. in einem Artikel über „Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert“ hinsichtlich der englischen Gewerkschaften aus: „Die Streiks werden auf ihre Zweckmäßigkeit hin von Angehörigen des betr. Arbeitszweiges beurtheilt, nicht, wie in Deutschland, von Vertretern einer bestimmten politischen Partei, die meist den Verhältnissen des betr. Gewerbes völlig fern stehen.“ Da hat man wieder den richtigen deutschen Professor, wie sich ihn die „Hamburger Nachrichten“ wünschen, der dranslos schreibt, ohne sich darum zu kümmern, ob das, was er schreibt, auch mit der Wirklichkeit harmonirt. Oder kann uns der Herr Professor einen einzigen deutschen Streik nennen, dessen Zweckmäßigkeit vorher nicht von den Angehörigen des betreffenden Arbeitszweiges selbst erwogen worden wäre? Es ist freilich ein alter Kniff des Unternehmerrthums, die Streiks unserer Partei zur Last zu legen und alle im Vorbergrunde einer Streikbewegung stehenden Arbeiter als Sozialdemokraten zu bezeichnen. Auf solche verbrauchte Kniffe noch hinzuzufallen, sollten sich aber die Herren Professoren und Doktoren doch endlich hüten.

Ueber den tschechischen Gewerkschafts-Kongress wird uns aus Prag geschrieben: Auf dem zu Weihnachten abgehaltenen Kongress der österreichischen Gewerkschaften hatte sich ein Gegensatz zwischen der Gewerkschaftskommission und einem großen Theile der tschechischen Fachorganisationen offenbart. Die Vertreter der letzteren glaubten in der derzeitigen Organisation der Kommission und des Sekretariats eine Verachtlichung des tschechischen Elements zu erblicken und beantragten eine Reihe von Reformen, die in der Forderung eines vollständig unabhängigen tschechischen Sekretariats mit dem Sitz in Prag gipfelten. Die Kongressmajorität fürchtete, durch das Eingehen auf diese Wünsche die Einheit und Energie der österreichischen Arbeiterbewegung zu schwächen, nahm aber, um ihre Anerkennung notwendiger Bedürfnisse und ihr Entgegenkommen zu dokumentieren, einen Antrag auf Schaffung eines Stellvertreterpostens im Sekretariat an, welcher Posten der tschechischen Nation eingeräumt werden sollte. Die tschechischen Delegirten erhoben jedoch gegen diesen Beschluß Protest und verzichteten auf die weitere Beteiligung an den Kongressberathungen. Die Prager Gewerkschaften, von denen die Aktion eingeleitet worden war, beschlossen nun, von der tschechischen politischen Partei begünstigt, an die vollständige Sozialisation der tschechischen Arbeiterschaft von der gesammtoesterreichischen auch in gewerkschaftlicher Hinsicht zu gehen. Ein vorbereitendes Komitee berief am 31. Januar nach der Prager Vorstadt Karolinenthal einen Kongress aller tschechischen Gewerkschaften und Bildungsvereine. Es kamen 108 Delegirte zusammen, welche 90 Organisationen vertraten. Außer Prag hatten ca. 40 böhmische Landorganisationen Delegirte geschickt; aus Mähren, wo die zentralistische Strömung bei den vorgeschrittenen Gewerkschaften stärker ist, als in Böhmen, waren bloß vereinzelte Zustimmungsschreiben eingelaufen. Als Gast war der Gewerkschaftssekretär Queber aus Wien anwesend. Die Frage des Tages war die Gründung einer völlig selbstständig tschechischen Organisation, nicht auf territorialer, sondern auf nationaler Grundlage. Alle tschechischen Arbeiter sollen sich nicht mit ihren anderssprachigen Arbeitsgenossen, sondern nach Kronländern mit ihren branchenverwandten Komnationalen in einer Organisation zusammenschließen. Erst die Unionen als Ganzes sollen mit den entsprechenden Reichsverbänden in ein Gegenseitigkeitsverhältnis treten. Nach einer halbtägigen Debatte, wobei alle tschechischen Redner nachdrücklich betonten, die Sozialisation von der Reichszentrale sei nicht ein Abfall von internationaler Prinzip, sondern ein von realpolitischen Erwägung diktirter Schritt, wurde der vorgelegte Entwurf einer tschechischen Gewerkschafts-Organisation, der allerdings in der recht willkürlichen Normirung von 18 Industriegruppen eine wenig autonomistische Gestalt zeigt, einstimmig angenommen. Es bleibt abzuwarten, ob den Prager Segelesionisten gelingen wird, die gesammte tschechische Arbeiterschaft, insbesondere auch die jener Kronländer, wo die Czachen in den bisherigen Gewerkschaften die Minderzahl bilden, zur Befolgung der Prager Beschlüsse zu bewegen. In jedem Falle sind hier Kräfte engagiert, die bei der eben beginnenden Wahlbewegung nicht leicht entbehrt werden können.

In Steyr in Oesterreich ist die Fahrrad-Abtheilung der dortigen Waffenfabrik wegen des bereits gemeldeten Streiks geschlossen worden. An dem Ausstande sind, nach bürgerlicher Angabe, 380 Mann betheilt. Zug ist aufs strengste fernzuhalten.

Die Schweizerischen Glasermeister haben ihren Boykottprozess gegen den Gewerkschaftsbund — sie wünschen nur 3000 Fr. Frühlingsgeld — nun auch vor dem Zürcher Obergericht verloren. — Dagegen hat das in den sozialen Streitigkeiten betheiligte Kreisgericht Davos (Graubünden) die dortige Arbeiterunion wegen der Boykottirung des Brauerei- und Gasthofbesizers Besch zu 300 Fr. Entschädigung und zur Tragung der Prozesskosten von 180 Fr. verurtheilt.

Der Verband der Schweizerischen Klempnermeister und Blechwaren-Fabrikanten hat eine Austrittskarte für die Arbeiter obligatorisch eingeführt, welche aus zwei Blättern besteht. Das eine enthält die vorgeordnete Versicherung des Arbeitsvertrages, welche nur mit Namen, Datum und Unterschrift anzufüllen ist, während das andere ganz weiß ist. Hat nun der Arbeiter sich „gut ausgeführt“, so wird ihm aus dem weißen Blatt ein Zeugnis ausgestellt; war die Ausführung eine „schlechte“, so erhält er kein Zeugnis und wird das leere Blatt abgetrennt. Im „Grätliker“ wird angefordert, die Spengler sollen den Geschäftsinhabern die Austrittskarte zerissen vor die Füße werfen.

Aus England wird uns geschrieben: Der Ausschluß der Schieferarbeiter von Penrhyn dauert unverändert fort. Eine Anzahl der Ausgeschlossenen sind augenblicklich in London und geben Gefangensvorträge zu gunsten der Widerstandskasse. Die Bevölkerung von Wales ist leidenschaftlich dem Gesang ergeben und pflegt den Knuspsang mit religiöser Inbrunst. Die Sammlungen des „Daily Chronicle“ für die Ausgesperrten haben bis jetzt 1300 Pfund Sterl. ergeben, zu denen, außer einer Anzahl vorgeschrittener Liberaler und Sozialreformer, fast nur Arbeiter beigetragen haben. Eine Sammlung für die Ausgesperrten, die der radikale Baptistenprediger Clifford vorlesenen Sonntag nach seiner Predigt in der Kirche vornehmen ließ, ergab über 40 Pfund (800 M.) und fast eine gleiche Summe, nämlich 39 Pfund, wurde im „City Temple“ nach Gefangensvorträgen der Arbeiterdeputation aufgebracht. Auch diese Kirche untersteht einem radikalen Nonkonformistenprediger.

Die Liberalen werden die Ausperrung im Parlament zur Sprache bringen. Schon ihr Führer Harcourt hat ihn in seiner Antwort auf die Thronrede berührt, und andere liberale Führer, wie Mundella, haben sich in öffentlichen Reden sehr scharf gegen die Annahmen Lord Penrhyn's ausgesprochen und betont, daß in dergleichen Fällen der Staat stärkere Vollmachten haben müsse als die des jetzigen Gesetzes.

## Unternehmer-Verbände.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat plant eine neue Organisation des Verkaufs. Um der Konkurrenz der einzelnen Syndikatsabtheilungen vorzubeugen, sollen große geographische Bezirke gebildet werden, von denen jeder einer bestimmten Abtheilung des Kohlen Syndikats zum alleinigen Verkauf zugewiesen wird. Es sollen 4 solcher Bezirke gebildet werden. Der erste Bezirk wird die Provinz Hannover, die deutsche Küste, die holländischen und belgischen Häfen und den Export über See umfassen; der zweite die Provinz Westfalen, das Siegerland, Rassel und Hessen; der dritte die Rheinprovinz; der vierte Bezirk umfaßt den Hafen zu Ruhrort, das Rheingebiet, besonders Mannheim, Süddeutschland, Belgien.

## Soziales.

Die Errichtung eines kädtischen unentgeltlichen Arbeitsnachweises beantragt in der Stadterordneten-Versammlung in Spandau unser Genosse Schröder. Das Kollegium beschloß die Wahl einer Kommission zur Verathung dieser Angelegenheit und setzte die Beschlußfassung über den Antrag so lange aus, bis diese berichtet haben wird.

Die Arbeiterschaft von Röhren (Anhalt) verurtheilte in einer Protestversammlung den Beschluß des Stadtrathes, wonach dieser die Gründung eines Gewerbegerichtes für Röhren abgelehnt hat. Der Stadtrath begründet seine Haltung damit, daß hinter den die Errichtung eines Gewerbegerichtes verlangenden Arbeitern das Gros der Arbeiter Röhrens überhaupt nicht stehe. Auch hätten sich die befragten Arbeitgeber gegen die Gründung ausgesprochen. Die Arbeiter selbst hat man aber nicht gefragt. In der erwähnten, von über 300 Personen besuchten Versammlung wurde nun beschlossen, eine genügend begründete Petition zur Unterschrift bei den Arbeitern und auch zum Theil bei Unternehmern zirkuliren zu lassen und diese dann der beim Ministerium einzureichenden Beschwerde beizugeben.

Ladenschluß um 5 Uhr nachmittags hat in Leipzig die Papier- und Schreibwaaren-Handlung O. Th. Winkler (Inhaber K. und O. Büschmann) eingeführt, nachdem sich innerhalb einer dreimonatigen Versuchszeit herausgestellt hat, daß die neue Einrichtung nicht von Schaden, sondern von Vortheil war.

Die Auswanderung über Hamburg stellte sich in den letzten zehn Jahren wie folgt. Es wanderten aus im Jahre

Jahr	Personen darunter	Deutsche
1887	71 007	22 848
1888	88 757	25 656
1889	74 843	23 059
1890	99 350	24 929
1891	144 882	31 724
1892	108 820	28 144
1893	58 876	30 514
1894	38 827	16 297
1895	55 097	13 997
1896	52 743	12 324

Die Zahl der Bierbrancerien Englands ist von 15 774 im Jahre 1882 auf 8785 im Jahre 1896 gesunken, die Menge des gebrannten Bieres hat aber natürlich zugenommen, denn die Bierproduktion ist mehr und mehr zum Großbetrieb geworden.

Der Kampf gegen den Genter „Booruit“ wird von den politischen Gegnern mit den erbärmlichsten Mitteln fortgesetzt. Vor kurzer Zeit wurde die Anklage gegen Ansele erhoben, er habe Butter verkauft, die mit Margarine vermischt, also gefälscht war. Allerdings war solche Butter verkauft worden, die Untersuchung ergab aber auch, daß der Betrag nicht vom „Booruit“, sondern von dem Lieferanten verübt worden war. Die Genossenschaft konnte nachweisen, daß sie die Butter als beste Qualität bestellt und bezahlt hatte. Der Lieferant, der beiläufig bemerkt, zu den Merkmalen gehört, wird wegen Betruges verurtheilt werden.

## Versammlungen.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung fand am Freitag Abend im „Schweizergarten“ für den 5. Berliner Wahlkreis statt. Reichstags-Abgeordneter Stadthagen referirte über das Thema: „Polizei und Presse“. Seine vielfach humorvollen Ausführungen und Schilderungen der Polizeispitzelerei unter Schmalz, Stieber und Konforten, insbesondere vor und nach der 48er Revolution und im Kölner Kommunisten-Prozess wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, anstatt der bürgerlichen Blätter den „Vorwärts“ zu lesen und für die Verbreitung desselben Sorge zu tragen.

Der Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen hatte am 21. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung abgehalten. Der Bericht des Kassirers Stropp ergibt vom 4. Quartal eine Einnahme und Ausgabe von 2518,25 M. In die Hauptkasse abgehandelt 1849,77 M. Bureau-Einnahme und Ausgabe 851,50 M. Das Vermögen des Vereins beträgt 851,50 M. Der Verein zählt 1065 männliche und 227 weibliche Mitglieder. Die Abrechnung der Unterkommision vom 18. Mai 1896 bis 18. Januar 1897 weist in Einnahme 1200,45, in Ausgabe 1160,30 M. auf.

Die chirurgische Branche nahm in ihrer Versammlung am 26. Januar den Jahresbericht des Kassirers entgegen. Danach betrug die Einnahme 1720,50 M. und die Ausgabe 1425,35 M. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Renz, erster, Brennicke, zweiter Vorsitzender; Petak, erster, H. Hilbig, zweiter Schriftführer; Schuster, erster, Pesche, zweiter Kassirer; Grothe, Sens und Lehnardt, Beisitzer; Melchior und Merten, Bibliothekare; Pöck, Brückner und Krahnmann, Revisoren. Die Arbeitsnachweise blieben in den Händen der bisherigen Vertreter.

Die Anarchisten hatten am Sonntag in einem boykottirten Lokal in Nizdorf eine Versammlung einberufen, die sehr mäßig besucht war. Der Referent Herr Weisheit nahm deshalb von einem Vortrag Abstand und sprach Herr Pawlowitsch über die Greuel, die gegen die Anarchisten in Spanien verübt wurden. Wie bekannt gegeben wurde, will man eine größere Protestkundgebung arrangiren.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Leipzig, 1. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Landgericht Leipzig lehnte die Einziehung der Beschlagnahmten Nr. 41 der Münchener Wochenschrift „Simplicissimus“ wegen angeblich darin enthaltener Gotteslästerung ab, weil dieselbe nicht öffentlich verbreitet worden war.

Stuttgart, 1. Februar. (Frankf. Zig.) In Ulm hat sich eine Zentrumsversammlung für die Proportionalwahlen unter Mithilfe der von der Regierung aufgestellten Vorschläge ausgesprochen. Dagegen haben sich kürzlich mehrere deutschparteiliche Versammlungen gegen die Verhältnisswahlen erklärt.

Donauwörth, 1. Februar. (W. Z.) Amtliches Resultat der am 28. v. M. im zweiten (Donauwörther) Wahlkreise stattgehabten Reichstags-Wahl. Abgegeben wurden insgesammt 17 849 Stimmen. Davon entfielen auf Dr. Metz (naff.) 8062, auf Bürgermeister Schüler (Z.) 8063 und auf Krohn (Soz.) 1109 St. Es hat mithin eine Stichwahl zwischen Metz und Schüler stattgefunden.

Graz, 1. Februar. (W. Z.) Der bekannte Botaniker Professor Fehr v. Ettinghausen ist heute hier gestorben.

Budapest, 1. Februar. (W. Z.) Im Auftrage des Justiz-Ministeriums erhob der Staatsanwalt gegen das Anarchisten-Blatt „Obne Staat“ die Verklage.

Kopenhagen, 1. Febr. (W. Z. B.) Der Sund ist mit Eis gefüllt, die Schifffahrt ist hierdurch gehemmt, aber nicht aufgehoben. Der große Belt ist ebenfalls mit Eis gefüllt, die Segelschifffahrt ist unmöglich; die Dampfschifffahrt ist noch nicht gehindert.

Ober-Verwaltungsgericht und Vereinsrecht.

Mehrere grundsätzliche wichtige Entscheidungen hat der I. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts in seiner letzten Sitzung gefällt. Im Regierungsbezirk Oppereln besteht ein „Oberschles. christlicher Arbeiterverein zu gegenseitiger Hilfe“, der bezweckt, die Mitglieder in allen Angelegenheiten des Standes zu unterstützen. Die Mittel dazu sollen sein: Versammlungen mit belehrenden Vorträgen, eine Sterbefürsorge, Erteilung von Rath in Rechtsangelegenheiten, Abfassung und Absendung von Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften und an Behörden. Anfertigung von Schriftstücken, die durch das Arbeitsverhältnis notwendig werden u. s. w. Der Vorsitzende des Vereins, Paul Nowak in Bentheln, hatte unter der Bezeichnung „Vorstand des Vereins (folgt Name)“ zum 1. März 1896 nach einer im Amtsbezirk Neudorf belegenen Gemeinde eine Versammlung zur Besprechung von Arbeiterangelegenheiten einberufen. Der Amtsvorsteher zog aber die bereits erteilte Bescheinigung der Anmeldung zurück, indem er geltend machte, daß nur Einzelpersonen Versammlungen anmelden können, nicht Vereine und Vorstände. Hiergegen erhob N. die Beschwerde und meldete wieder „zur Besprechung von Arbeiterangelegenheiten“ eine neue Versammlung an, wobei er um die Erlaubnis zur Anfertigung von Plakaten einlief, durch die zur Versammlung eingeladen werden sollte. Nowak erhielt indessen abermals keine Bescheinigung, sondern eine Verfügung, in der er zur Einreichung des Mitglieder-Verzeichnisses und der Statuten gemäß § 2 des Vereinsgesetzes aufgefordert wurde. Weiter verlangte der Amtsvorsteher ein Prüfungs-Formular der Plakate, die auszuhängen beabsichtigt wurden. Die Verfügung erging am 4. März, während die Jurisdiktion der Bescheinigung im ersten Falle am 29. Februar erfolgt war. Nowak beschwerte sich nun auch über die Verfügung vom 4. März. Landrath und Regierungspräsident gaben ihm darin recht, daß der Amtsvorsteher bei jener ersten Anmeldung am 29. Februar auf jeden Fall die Bescheinigung hätte erteilen müssen, indessen erhielten sie die Verfügung vom 4. März vollkommen aufrecht. Nowak legte darauf beim Ober-Verwaltungsgericht. In der öffentlichen Verhandlung ließ sich der Minister des Innern durch einen Kommissar, den Geheimrath Dietrich vertreten, soviel Berth legte er auf die Sache. Der Kommissar gab selbstverständlich den Regierungsbehörden in jeder Beziehung recht. Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte in diesen beiden Fällen nur insoweit zu Gunsten des beklagten Regierungspräsidenten zu Oppereln, als es die Einforderung des Plakats für berechtigt erklärte, im übrigen setzte es die bekämpften Verfügungen des Amtsvorstehers außer Kraft. Zur Begründung führte Präsident Perinus aus: Die Vorenthaltung der Bescheinigung vom 29. Februar war gesetzlich nicht zulässig. Aber auch das Gebot vom 4. März, vorerst die Statuten und das Mitglieder-Verzeichnis einzureichen, sei nicht gerechtfertigt. Allerdings bestreite der Verein, dem Nowak vorstehe, die Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Die damit zusammenhängende Verpflichtung, Statut und Mitgliederverzeichnis einzureichen, bestehe jedoch für den Vorstand eines Vereins, der wie hier, sich über mehrere Polizeibezirke erstreckt, nur gegenüber der Polizeibehörde des Bezirkes, in dem das sei nicht im Bezirk Neudorf. Nicht jede besondere Polizeibehörde, in deren Bezirk der Vorstand bzw. Verein thätig ist, könne dies verlangen, der § 2 würde nur für denselben Verein Anwendung finden, wenn sich die Thätigkeit auf einen Ort außerhalb des allgemeinen Hauptbezirkes erstreckte. Und dies auch nur dann, wenn im betreffenden Orte die Mitglieder des Hauptvereins einen Sonderverein bildeten, tatsächlich und formell. Das sei im Amtsbezirk Neudorf noch nicht der Fall gewesen. Dagegen sei die Einforderung eines Plakats nach § 10 des preussischen Pressegesetzes, der noch zurecht bestehe, begründet.

Dieselben Parteien fochten einen Rechtsstreit aus, bei dem es sich um eine ganz sonderbare Anwendung des § 8 des Vereinsgesetzes handelte. Der obgenannte Verein besitzt in verschiedenen Orten sogenannte Bezirksklassiker. Derjenige in Jesowa hatte schon jahrelang Versammlungen einberufen, darunter hin und wieder solche als Vertreter des Vereins u. s. w., aber die meisten, ohne daß er seinen Zusammenhang mit dem Verein zu erkennen gab. In dieser letztgenannten Weise meldete er auch wieder am 27. April 1896 eine Versammlung zur Besprechung von Arbeiterangelegenheiten an. Der Amtsvorsteher des betreffenden Polizeibezirkes gab die Bescheinigung, beauftragte aber zugleich den überwachenden Beamten, keinen Delegierten des „Oberschlesischen christlichen Arbeitervereins“ aus einem anderen Bezirke sprechen zu lassen. Damit war Paul Nowak, der als Redner erschienen war, die Möglichkeit abgeschnitten, zu Worte zu kommen. Nowak's Beschwerden waren vergeblich und auch das Ober-Verwaltungsgericht, vor dem wieder Dietrich als Vertreter des Ministers auftrat, wies ihn ebenfalls mit der Klage ab. Gründe: „Nach dem ganzen Auftreten des Ortsklassikers in Jesowa und nach dem Wirken der dortigen Mitglieder des „Oberschlesischen christlichen Arbeitervereins“ sei anzunehmen, daß dort unter jenen etwa 100 Mitgliedern ein besonderer Verein bestehe und daß die fragliche Versammlung eine Versammlung dieses Vereins gewesen sei. Dieser Zweigverein verfolge aber, wie die in allen Versammlungen gepflogenen Erörterungen bewiesen, ebenso politische Zwecke, wie der allgemeine Hauptverein. Wäre nun der Vorsteher des weiteren Vereins, des Hauptvereins, in der Versammlung aufgetreten, dann wäre damit ein geschwindiges Inverbindungsriten vorer politischer Vereine hergestellt gewesen. Die Polizei habe aber das Recht, Strafthaten vorzubeugen, und zwar auf grund § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts. Deshalb sei gegen die angefochtene Verfügung nichts einzuwenden.“ — Höchst originell, fürwahr!

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der Magistratsvorlage zur Anschaffung mechanischer Leitern für die hiesige Feuerwehr hielt heute Vormittag eine Sitzung ab. Der Ausschuss hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Magistratsantrag, daß zur Beschaffung von drei mechanischen Feuerleitern 18 000 M. in den Etat eingestellt werden, zu genehmigen mit der Bedingung, daß zunächst eine Probeleiter angefertigt und vorgeführt werde. Zunächst empfiehlt der Ausschuss, den Magistrat zu ersuchen, bei den Verhandlungen über die neue Baupolizei-Ordnung dahin zu wirken, daß der § 37 der Baupolizei-Ordnung dahin abgeändert werde, daß der Fußboden des oberen Geschosses, nicht wie vorgeschrieben werden soll, 17,50 Meter, sondern 19 Meter über dem Bürgersteige liegen darf, da bei der Konstruktion der Leiter die Möglichkeit vorhanden ist, bis zu dieser Höhe hinauf zu steigen.

Lokales.

Den Parteigenossen und Genossen von Noabit zur Nachricht, daß am Mittwoch den 3. Februar in Ahrens' Brauerei eine Volksversammlung stattfindet. Reichstags-Abgeordneter Peus wird über den demoralisierenden Gegensatz zwischen Reich und Arm reden. Es wird um rege Agitation für diese Versammlung gebeten. Die Vertrauensperson.

Stöcker-Grüneberg-Hödel-Nobiling. Das Auftreten des Schneiders Grüneberg im Prozeß Stöcker-Witte ruft Erinnerungen wach an die Zeit, wo der „Ihrene Gottesmann“ im fröhlich-freudigen Kampfe gegen den Umsturz die ersten wesentlichen Präg-

von den Truppen seines eigenen Lagers erlitt. Es war im Frühling 1878, kurz bevor der ominöse Brief, der in der am letzten Freitag verhandelten Privatklage eine beträchtliche Rolle spielte, geschrieben war. Noch hatte Herr Stöcker kaum Zeit zum Intrigüieren gegen seinen lieben Amtsbruder gefunden, denn im ureigenen Kienler spielten sich jaust Vorgänge ab, die einen sehr bitteren Beigeschmack hatten.

Der Klempner Hödel hatte durch den bekannten Schuß vom 11. Mai 1878 zwar nicht den Kaiser, wohl aber den Hofprediger ins innerste Mark getroffen. Wie das kam, darüber gab der wandlungsfähige Schneider Grüneberg 1884 in den „Demokratischen Blättern“ einige Auskunft. Er erzählt zunächst, wie Hödel in der christlich-sozialen Partei Aufnahme und Beschäftigung als Flugblattverbreiter gefunden und dann kurze Zeit darauf das Attentat begangen hatte. Am Tage des Attentats noch wurde Grüneberg, damals Sekretär der von Stöcker befehligten christlich-sozialen Arbeiterpartei, von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrath Joel zugeführt. Wörtlich läßt Grüneberg nach Schilderung dieser Begebenheiten fort:

„Obwohl ich zehn Jahre lang der sozialdemokratischen Partei gebüht hatte, vermochte ich doch keine andere Auskunft zu geben, als daß ich durch Wollombek (Herausgeber und Redakteur des christlich-sozialen und sozialistenlösenden „Staatssozialist“) und Stöcker zu diesem Menschen (Hödel) gekommen sei. Herr Stöcker war natürlich sehr entrüstet über diese Mitgliedschaft, ließ den Namen sofort streichen und mahnte zur Vorsicht bei der Aufnahme. Wie aber hätte ich Vorsicht üben sollen? War doch Herr Stöcker umgeben von einer Schaar schiffbrüchiger Existenzen, Studierenden, Doktoren und zweifelhafter Größen aller Art. Solche Leute erschienen dann bei mir und verlangten im Namen Stöcker's Aufnahme in die Partei. So ging es auch mit Nobiling. Dieser war ebenfalls Mitglied der christlich-sozialen Partei und die christlich-soziale Partei kann nur Gott danken, daß die Mitgliedsliste nicht wie bei Hödel, so auch bei Nobiling gefunden wurde. . . . Damals (am 2. Juni 1878, dem Tage des Nobiling-Attentats) vernichtete ich sofort die alte Mitgliedsliste und fertigte eine neue unter Weglassung des Namens Nobiling an. In dem war diese Vorsicht überflüssig; denn die Polizei nahm in diesem Falle Abstand davon, bei mir zu recherchieren. Was die fragwürdigen Existenzen bedingt, so hat sich die Partei bis heute nicht gebessert, denn ich glaube behaupten zu dürfen, daß General Booth in seiner Heilsarmee nicht solch Gefindel mit sich führt, wie es sich um die christlich-soziale Fahne des Herrn Stöcker drängt.“

So der Schneider Grüneberg, der hier nur vergessen hat, sich selber in die Gesellschaft der fragwürdigen Existenzen einzureihen. Mit den Mitteln, die Stöcker heute zu seiner Vertheidigung anwendet, arbeitete er auch damals. Stöcker mußte die Wichtigkeit der Grüneberg'schen Angaben zugeben. Dies hat den frommen Mann natürlich nicht gebüht, nach dem Attentat die That Hödel's als die Frucht der „teufelischen Lehren“ der Sozialdemokratie und Hödel selbst als deren Typus und Vertreter hinzustellen. Genau nach demselben Rezept ließ Bismarck sich einige Monate später vom deutschen Reichstage das Schandgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie bewilligen.

Gegen die kopflozen Zeitungen nahmen am 31. Januar etwa 70 Zeitungsbesitzer und Buchdrucker aus der Mark Brandenburg, die sich Wilhelmstr. 118 versammelt hatten, eine Resolution folgenden Inhalts an: „Durch das Unternehmen der Firma Hochfeld, Schmitz u. Co. (den Grüneberg des auch von uns kürzlich besprochenen Unternehmens) und ähnliche Unternehmungen wird die Existenz aller selbständigen Zeitungen gefährdet, und es ist daher die Ursache jedes Verlegers, die Anerbietungen der genannten Firma entschieden zurückzuweisen. Sie stellen sich im übrigen vollständig auf den Standpunkt der Resolution ihrer sächsischen Kollegen des Kreises VII vom 10. Januar 1897 und erwarten vom Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins, daß er die gekennzeichneten Bestrebungen mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bekämpfen wird. Gleichzeitig wird beschlossen, ein zur Aufklärung des Publikums dienendes Zirkular, welches die moralischen und volkswirtschaftlichen Gefahren des geplanten Unternehmens klarlegt, der gesammten deutschen Presse zur Veröffentlichung zu übersenden.“ Diese Resolution wird die neuen Gränder wohl ebenso wenig von ihrem Vorhaben abschrecken, wie Klagen ähnlichen Inhalts auf Herrn Scherl irgendwelchen Eindruck machen. Geschäft ist Geschäft.

Eine Handschuhung hat gestern abermals in der Offizin, in der die „Kritik“ gedruckt wird, stattgefunden. Vier Kriminalbeamte erschienen vormittags in der Druckerei der Attiegesellschaft „National-Zeitung“, Mauerstraße 88 und beschlagnahmten nach längerer Durchsichtung verschiedenes Manuskript. Es soll sich um einen Artikel „Schneeverwehungen“ handeln, der erst in der nächsten Nummer der genannten Wochenschrift erscheinen soll.

Die Väterkennung „Germania“ hat den Mehlbezug für ihre sämtlichen Mitglieder monopolisiert. Nachdem seinerzeit mit dem gemeinsamen Bezug von Mehl der Anfang gemacht worden war, folgten bald auch Butter, Margarine, Schmalz, Milch, Eier, Salz, und jetzt schließlich das Mehl. Das ist der „Germania“ nicht zu verdenken. Belanulich sind es aber vielfach gerade die Innungs-handwerker, die großen Lärm machen, wenn Arbeiter sich in Konsumvereinen günstige Einkaufsgelegenheiten sichern.

Das Pferdmaterial der öffentlichen Verkehrsanstalten hat, wie die Zeitungen berichten, durch den anhaltenden Schneefall der letzten Tage ganz erheblich gelitten. Die Frage, ob auch das Menschenmaterial der Verkehrsanstalten, auf das nicht die geringste Rücksicht genommen wird, den Dienst ohne Schädigung seiner Gesundheit aushalten kann, diese Frage wird überhaupt nicht gestreift.

Zum Verein „Jouentaris“ fand am Sonnabend eine eingehende Besprechung der Vorortanfrage statt, an welcher sich auch der zu der Versammlung erschienene Reichs- und Landtags-Abgeordnete Brömel hervorragend beteiligte. Die Versammlung beschloß einstimmig, an das Abgeordnetenhaus und an den Reichstag eine erneute Petition um eine „Reform der Personentaxen auf den preussischen Staatsbahnen“ zu richten.

Zum Fall Nothenburg. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hatte bekanntlich unter dem 12. d. M. die sofortige „Entlassung“ der Frau Baumeister Nothenburg aus der städtischen Anstalt Herzberge dem Magistrat der Stadt Berlin ausgegeben. Wie wir hören, ist Frau Baumeister Nothenburg, trotz der Verfügung des Oberpräsidenten, bis heute noch nicht entlassen, vielmehr gedenkt der Magistrat auf grund eines Protokolls, das er hat aufzunehmen lassen, von neuem zunächst bei dem Oberpräsidenten vorstellig zu werden. — Wie weiter berichtet wird, wurde seitens der Anstalt Herzberge dem Sohn, Referendar Nothenburg, welcher nun seinerseits auf grund jenes Oberpräsidenten-Beschlusses vom 12. d. M. seine Mutter aus der Anstalt Herzberge abholen wollte, die Entlassung seiner Mutter weiterhin verweigert, mit dem Bemerkten, daß zunächst wiederum eine „Genehmigung“ des Polizeipräsidenten hierzu eingeholen sei und daß die weitere Entscheidung der Anstalt Herzberge danach — jedenfalls erst nach acht Tagen — zu erwarten sei.

Absehnung. Wie die „Nat.-Zig.“ erzählt, hat der zum Nachfolger des verstorbenen Professors du Bois-Reymond an erster Stelle vorgeschlagene Professor der Physiologie Willy Kühne in Heidelberg den Ruf nach Berlin abgelehnt. Vielleicht ist dem Herrn hier die Luft zu windig.

Im Parodie-Theater nimmt das Gastspiel der Gesellschaft Luppe allmählich einen Verlauf, der lebhaft an das Schicksal mancher armen Krüppel erinnert, die nicht allein ihren körperlichen Jammer mit sich herumtragen, sondern obendrein noch von der Gassenjüngend

verhöhnt werden. Seit es sich herumgesprochen hat, daß es am Moritzplatz einen „Fest“ giebt, strömt dorthin eine Menschenmenge, die zum sehr beträchtlichen Teil aus Neugierigen besteht, im Kern aber aus jenen hohen Jünglingen zusammengesetzt ist, die sonst wohl in gewissen Kunstinstituten der Etsasser- und Mühlstraße ihre geistige Erziehung finden mögen. Gegenwärtig ergötzt sich das Publikum an dem Schicksal der armen Genovesa. Die tugendhafte Witzgräfin wird vom bösen Haushofmeister Golo des Ehebruchs verdächtigt. Der Graf ruft seine beiden Henkersknechte und befehligt ihnen, die arme Person mit einem ihrem Wickelkinde zu tödten und ihm von ihr die Zunge, von dem kleinen Würmchen aber beide Augen vorzuliegen. Das mit der Gestaltung des neunzehnten Jahrhunderts überfrachtete Publikum geräth ob der rohen Kabinetsjustiz des Grafen in helle Aufregung. „So 'ne Gemeinheit!“ „Istui Deibel“. Diese und ähnliche Interjektionen schwirren durcheinander. Ein robuster besaiteter Stammgast meint: „Warum nicht? Es ist ja nicht wie bei arme Leute, es ist ja alles da!“ Gefühlvoller als der Graf sind zum Glück die beiden Henker; sie verüben der schwergeprüften Gräfin unter kläglichem Jubel, daß sie im Walde leben bleiben könne. Als eine Dirschlab über die Bühne gezogen wird, mit deren Milch das Kind ausgepöppelt werden soll, ruft das Publikum: „Nun braucht sie keine Amme nicht!“ Unter solchen Begleiterscheinungen nimmt das Stück seinen Verlauf, bis endlich die vom reuigen Grafen wieder rehabilitierte Tuldorin todt auf dem Paradebett liegt und von bengalischen Flammen beleuchtet wird. „Die Seele schwinget sich wohl in die Höh juchee!“ singt das Publikum, und die Schauspieler-Gesellschaft, die längst erkannt hat, zu welchem Zwecke sie sich prostituiert muß, macht gute Miene zu der Berliner Bevölkerung. Es verdient übrigens hervorgehoben zu werden, daß das klägliche Spiel, das Herr Luppe mit sich treiben läßt, in den Kreisen seiner reisenden Kollegen als Entwürdigung empfunden wird und schon Anlaß zu Protesten gegeben hat.

Im „Berliner Theater“ scheint man sich den Prinzipien des neuesten Kräftes insoweit angepaßt zu haben, als man bezüglich der Hilfskräfte niedriger Ordnung mögliche Sparsamkeit walten läßt. Ob immer zum Vortheil der Bühnenwirksamkeit des kulturkämpferischen „Kaiser Heinrich“, möge dahingestellt bleiben. Am Abend des 27. Januar, so wird uns geschrieben, wurden die Statisten, die bisher in der Zahl von etwa 50 Herren und 15 Damen thätig waren, auf 25 Herren und 5 Damen reduziert. Als eine empfindliche Rücksichtslosigkeit muß es bezeichnet werden, daß die austrangierten Kräfte nicht im Voraus, sondern erst kurz vor Beginn der Vorstellung von dieser Maßregel in Kenntnis gesetzt wurden; der Portier ließ sie nicht hinein und theilte ihnen einfach mit, daß sie sich ihr Geld am 2. Februar holen könnten. Natürlich ließ sich der Mangel an Statisten auch vom Zuschauer-raum aus bemerken. Auch fiel es manchem auf, daß aus dem Liede von der Donnegans, das nach dem Festprolog erklingen sollte, die erste Strophe vom Sängerkhor dreimal wiederholt wurde; die unpatrisiisch erzeugenen Sänger konnten leider nicht das ganze Lied. Unter dem Walten der Sparsamkeitsprozedur wurde ferner im vierten Akt das wäthende römische Volk durch etwa vier männliche und ebenso viele weibliche Personen repräsentiert, gegen welche die Deutschen mit ihrem Heinrich V. gut Böcher in die Luft zu schlagen hatten. Auch im fünften Akt hatte man Gelegenheit, den Muth der wenigen Personen zu bewundern, welche es riskirten, den Kaiser inmitten seiner Waffensack mit Häuslein zu bedrohen. Bemerk sei noch, daß den Kindern, die vor einiger Zeit gestreift hatten, bei der Gegenzahlung nicht die ausbedungenen 75 Pf. für den Abend, sondern nur 50 Pf. ausgegahlt wurden, ja für einige Nachmittagsvorstellungen erhielten sie gar nur den alten Satz von 25 Pf.

Der Vossendichter Dr. Eduard Jacobson ist gestern unter zahlreicher Theilnehmung aus literarischen und künstlerischen auf dem jählichen Friedhofe in Weiskensee zur letzten Ruhe beflattet worden.

Im Grand Hotel Alexanderplatz, also in einem geperrten Lokal, veranstaltet die Lapezierwerkstatt von Gerion am 6. März einen Maskenball. Die Arbeiter werden wissen, wie sie sich zu verhalten haben.

Beim Laternenputzen in die Spree gefallen ist am Montag abends gegen 5 Uhr der Laternenanzünder Christians aus der Dragonerstr. 85. Der Mann hatte auf der Kronprinzenbrücke seine Leiter an den großen Kandelaber gehakt und war eben dabei, die Scheiben der Laternen zu reinigen, als die Sprosse, auf der er stand, brach und er auf die nächsttieferen herabfiel. Die Wucht des Falles hatte jedoch zur Folge, daß auch diese brach und nach ihr noch mehrere. Dadurch verlor Christians gänzlich den Halt, fiel von der Leiter herab auf das Brückengeländer, überschlug sich auf diesem und stürzte nun kopfüber in die Spree hinab. Zu seinem Glück waren Schiffer in der Nähe, die ihn mit einem Rahne zu Hilfe kamen und ihn bald retteten. Der Verunglückte wurde dann in die in der Nähe gelegene Charitee gebracht.

Von der Bahneinstreuer am Lehener Bahnhof sind in den letzten Tagen etwa 20 Mann zum Schneeschleppen angeworben worden. Einige dieser Arbeiter waren in der irrthümlichen Meinung befangen, daß der Lohn, welcher täglich 2,30 M. ausmacht, alle drei Tage ausbezahlt werde, wogegen tatsächlich nur alle Woche die Lohnzahlungen erfolgen. Nachdem die Arbeiter — es waren ihrer drei — über diesen Irrthum aufgeklärt waren, erbaten sie sich democh unter Hinweis auf ihre traurigen häuslichen Verhältnisse einen kleinen Vorschuß. Sie wurden denn auch an die Kasse befristet, erhielten ihr Geld, aber auch gleichzeitig ihre Entlassung. Mühte das sein?

Zu einer Zuschrift an uns sucht sich die Leitung der Chemischen Fabrik auf Aktien (vormals E. Schering) gegenüber den Mittheilungen zu rechtfertigen, die wir in Nr. 20 über die Lohnveränderungen brachten, welche von der Firma für die neu einzustellenden Arbeiter eingeführt werden. Die Direktion entschuldigt sich damit, daß auch die neuen Arbeiter, wenn schon im verlangsamten Zwischenraum (3), dieselben Lohnsätze, wie sie jetzt bestehen, erhalten werden. Diese schöne Nebenbaur schaff aber leider die von uns mitgetheilten Thatsachen nicht aus der Welt; ebenso wenig werden diese durch die Mittheilung korrigirt, daß im Jahre 1895, wo die Gesellschaft an ihre Aktionäre, Direktoren und Aufsichtsräthe 497 487 M. Dividenden und Tantidomen vertheilte, auch 85 088,76 M. für „Wohlfahrts-Einrichtungen“ veranschlagt sind. Zu einem Falle aber giebt Salling's Börsen-Handbuch, dem wir einige Daten über die Verhältnisse der Fabrik entnehmen, eine ungenau orientierende Auskunft. Die Summe von 88 808 Mark, die wir als gezahlte Löhne anführten, fallen unter das Unkostenkonto als Kuzgabel für Expeditionszühne. Die eigentlichen Fabriklohnne betragen in 1895 478 079,70 M., welche Summe am Jahresabschluss dem General-Waarenkonto belastet wurde, sodas sie im Gewinn- und Verlustkonto nicht erscheint. Doch dieser Punkt trifft den Kern der Sache durchaus nicht. Die Frage, warum es bei den hohen Dividenden und Tantidomen, welche die Gesellschaft in den letzten Jahren zu zahlen in der Lage war, es forderlich erschien, den neu einzustellenden Arbeitern geringere Löhne, als die bisher üblichen zu zahlen, wird in der Zuschrift nicht beantwortet.

Der Selbstmord eines fünfzehnjährigen Mädchens wird uns aus dem Hause Hochmeisterstr. 27 gemeldet. Dorselbst wohnt in dem vierten Stock des Quergebäudes die Witwe des vor acht Jahren verstorbenen Lichters Bolle mit ihren vier Kindern im Alter von 18 bis zu 9 Jahren. Frau B. ernährt ihre Familie mittels Näharbeiten und wurde in der Sorge um das tägliche Brot von ihrem ältesten 18jährigen Sohn und ihrer 15jährigen Tochter





**Achtung!** **Achtung!**  
**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).**  
 Dienstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr,  
**im Lokale des Herrn Nieft, Weberstrasse No. 17:**  
**Verfammling.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten **Peus** über:  
 „Arbeit, Bildung und Beiz“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
 Nähe haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
 242/12 **Der Vorstand.**

**Zentralverein der Bildhauer.**  
 Dienstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, **Amnenstr. 16:**  
**Verfammling.**  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag des Kollegen **Dupont:** Sozialer Zeitungsdruck (Kleines  
 Journal) und Berliner Total-Anzeiger. — Beschlußfassung über ein  
 Sommer- und Herbstfest. 21/1 **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Verwaltungsstelle Berlin.**  
 Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Verfammlungen.**  
**Süd-Osten:**  
 im Lokale des Herrn **Rautenberg**, **Cranienstrasse Nr. 180.**  
 Hierzu sind die Kollegen der Werkstätten von Klingner, Rautenfeldstr. 10  
 und Krause, Marienstr. 18, eingeladen.  
**Osten:**  
 im Lokale des Herrn **Heise**, **Lichtenbergerstrasse 21.**  
**Wedding und Gesundbrunnen:**  
 im Lokale des Herrn **Kaabe** (Kolberger Salon), **Kolbergerstr. 23.**  
 Die Mitglieder der Werkstätten-Kontrollkommission veriammeln sich um  
 7 Uhr vorn im Lokal. Die in Fabriken beschäftigten Kollegen werden beson-  
 ders ersucht, Vertrauensmänner zu entsenden. Die Adresse des Mannes  
 ist W. K. Dr. Raham, **Plantagenstr. 42.**  
**Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt:**  
 im Lokale des Herrn **Mörschel**, **Schönhauser Allee Nr. 28.**  
**Westen und Südwesten:**  
 im Lokale des Herrn **Zubell**, **Lindenstrasse 106.**  
**Moabit:** im Lokale **Thurnstrasse 84.**

**Branchen-Verfammling der Drechsler**  
 im **Lionsenstädtischen Klubhaus**, **Amnenstrasse 16.**  
 Tages-Ordnung: 1. Wie können wir in diesem Jahre unsere Lage  
 verbessern? Referent: Kollege **Kunze**. 2. Diskussion. 3. Unsere Branchen-  
 verhältnisse. — Besonders eingeladen sind die Kollegen folgender Werkstätten:  
 Rehner, Schulzenbornerstr. 8; Wolf, Feibelstr. 14; **Wagemann**,  
 Joachimstr. 11a, sowie sämtliche Bau- und Drechsler Berlins und Umgegend.  
 Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Kollegen  
 notwendig.  
**Vertrauensmänner-Sitzung der Bürstenmacher**  
 am 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr.  
 im Lokale des Herrn **Preuss**, **Neue Friedrichstr. 20.**  
 Sämtliche Werkstätten müssen vertreten sein. Die Kollegen der Werk-  
 stätten von **Rühn**, **Chausseestr. 6** und **Engler u. Sohn**, **Behrenstr. 26**,  
 sind zu dieser Sitzung besonders eingeladen. 81/6 **Der Vertrauensmann.**

**Achtung! Gürtler. Achtung!**  
 Mittwoch, den 3. Februar, abends pünktlich 8 Uhr:  
**Werkstätten-Vertrauensmänner-Verfammling**  
 im Lokale des Herrn **Letzner**, **Cranienstrasse 184.**  
 Die Kollegen werden ersucht, Vertrauensmänner zu dieser Verfammling  
 zu entsenden. 118/9 **Der Vertrauensmann.**

**Verband aller im Handels- und Transport-Gewerbe**  
**beschäftigten Hilfsarbeiter.**  
 Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale  
 der **Arminhallen**, **Kommandantenstr. 20:**  
**Große Verfammling.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Mittheilungen. 2. Die Rothwendigkeit der gewerkschaftlichen Or-  
 ganisation. Referent: **Regierungsbaumeister a. D. Kessler**. 3. Dis-  
 kussion. 4. Verschiedenes. 85/8  
 Wir ersuchen die Kollegen, in dieser Verfammling recht zahlreich  
 zu erscheinen.  
**Vorläufige Anzeige!**  
 Sonnabend, 27. Februar, bei **Keller**, **Koppenstr. 29:**  
**Großer Maskenball.**  
**Der Vorstand.**

**Actien-Brauerei**  
 Königsberg i. Pr. 1887. **Berlin 1891.**  
**Friedrichshain.**  
 Silberne Medaille **Kiel 1894.** Goldene Medaille **Lübeck 1895.**  
 Hierdurch theilen wir unserer  
 geehrten Kundschaft und dem  
 verehrlichen Publikum ergebnis-  
 mit, daß wir von jetzt ab das  
**ausschliesslich unter der neuen Direktion**  
 gebraute ff. Bier (in Vagen, Pilsener- und Münchener-  
 Qualität) zum Auschank bringen.  
 Wir halten uns überzeugt, daß die vorzügliche  
 Qualität, die Reinheit und der Wohlgeschmack unserer  
 Biere allgemeinen Anklang finden wird und bitten um  
 geneigte Zulassung von Bestellungen auf unsere Biere,  
 sowohl in Gebinden als auch in Flaschen.  
 Berlin, den 1. Februar 1897.  
 Hochachtungsvoll  
**Die Direktion:**  
**H. Soldan. H. Stern.**  
 Schuy-Warte. **Telephon VII. 5843.**

**B. Günzel, Lothringerstr. 52.** Spezialität: **Porträts**  
 in Ovale, Rund, in Cigarrenröhren, Weissen, Nadeln, Broden, Andysen, Büden,  
 Wäden u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisstänke).  
 Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

**Belle-Alliance-Theater.**  
 Die Volks-Vorstellungen unter Regie von **Julius Türk**  
 werden von nun an unter Theater-annouciert.  
 Sonntag, den 7. Februar: **Das Kästchen von Seilbrunn.**  
**Berliner Bock-Brauerei**  
 Actien-Gesellschaft,  
**BERLIN SW., Tempelhofer Berg.**  
**59ste Bockbier-Saison 1897.**  
 Eröffnung: **Sonnabend, den 30. Januar 1897.**  
 Wir offeriren unser  
**weltberühmtes Original-Bockbier**  
 in Korkflaschen mit Kapseln 20 Flaschen für 3 M.  
 Flaschen leihweise ohne Pfand.  
 (Nur echt mit zwei in die Flaschen eingeblasenen Böcken!)  
 In Gebinden:  
 1/10 To. 2,50, 1/5 To. 4,50, 1/4 To. 9,- M.  
 Geß. Bestellungen werden durch Karte  
 oder Telephon Amt VI 3019 erbeten.  
**Nur allein echt.** **Seit 1838.**

**Restaurant Friedenshallen, Friedenstr. 67**  
 vis-a-vis dem **Petri-Kirchhof.**  
 Empfehle mein **Welsch- und Bairisch-Bierlokal**, große **Winter-  
 Kegelbahn** (noch einige Tage frei), **Rezeptionszimmer, Billard**, An-  
 geschmeiner **Familienaufenthalt.** **Josef Wiedemann.**  
 Der **Andstoh** unseres diesjährigen  
**Bock-Bieres**  
 beginnt  
**Sonnabend, den 6. Februar.**  
**Brauerei Pichelsdorf.**  
 10252\*

**Direct von Aachen!**  
 weltberühmt durch elegante u. reelle Tache, versenden  
 wir zu — anerkannt niedrigen Preisen — **Herren-  
 Anzug- und Paletotstoffe** vom einfachsten bis  
 zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl **franco** an  
 Jedermann! Zahllose **Empfehlungen** aus allen Kreisen  
 beweisen unsere **Reellität!**  
**Monopol-Cheviot** uns. bekannte Spezialität, kosten  
 3/4 Met. schwarz, blau od. braun zu  
 einem gedieg. Anzug **10 M.**  
**Anerkennungsschreiben u. Nachbestellungen tägl.!**  
**Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 78.**  
 Bitten **genau** zu adressiren.

**Künstl. Zähne 2 M.** Schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomb. 1,50 M.  
 Theilz. Zahnarzt **Wolf**, **Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6.**  
**A. Schulz, Möbel- u. Polsterwaarenfabrik**  
 gegründet 1878. 197L\*  
**Reichenbergerstrasse 5, zwischen Kottbuser Thor  
 und Ritterstrasse.**  
 Sehr großes Lager bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen in  
 Holz u. Mahag. v. 210, 300, 400, 500, 600, 800 u. 10000 M.  
 in nur anerkannt gediegener Ausführung.

**Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof**  
**Ecke Neue Promenade. „Börse“.**  
 Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner  
**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
**Fertige Wäsche! Leinwandwaaren!**  
 zu ganz **aussergewöhnlich billigen Preisen** zum  
**Ausverkauf!**



**Für 36 Mark** aus der Drehscher Strickmaschinen-  
 Fabrik sind die besten u. ein leichter  
 Grover's weiß f. Männer, Frauen u.  
 Wolam. Beschäfte. Erlernen leicht und  
 gratis. Arbeit w. nachgelesen. Ver-  
 langt zu Fabrikpreisen. Vager bei dem  
 Vertreter **H. Homburger**, Heilige-  
 geiststr. 40, Berlin. Nachmittags.  
**Krausenstr. 14, I, kein Laden.**  
**Strickmaschinen**  
**6 Pfund Brot für 50 Pfg.**  
 liefert **Albrecht's Bäckerei**,  
**Faldenfeinstr. 28. Langestr. 26.**  
**Drangestr. 8. Lanfestr. 2.**  
**Künstliche Zähne.**  
**H. Steffens**, **Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.**  
 \* Täglich abend v. Woche 1 M.

**Waschengarderobe.**  
 Größte Auswahl.  
 Billigste Preise.  
 Verein. Preisermäßigung.  
**Fr. Panknin,**  
**Cranienstrasse Nr. 178.**  
**Abalberstr. 91.**  
**Ecke Cranienstrasse.**  
**Weltgeschichten.**  
**Brodhans, Meyer's Lexikon.**  
**Brehm's Tierleben.** jedes wissen-  
 schaftliche Wert belebt und lauft  
**Reichthum u. Antiquariat Rosen-  
 thalerstr. 11/12. Fernspr. III. 8635.**  
**Sophastoffe**  
 auch **Reffe**  
 in **Nipp, Damast, Crepe,**  
**Phantasia, Gobelin** und  
**Blisch** spottbillig!  
**Proben frank!**  
**Läuferstoffe** in allen Qualitäten  
 zu Fabrikpreisen.  
**Emil Lefève, Berlin S.,**  
**Cranienstr. 158.**  
**Lanolinseife!**  
 macht die Haut zart u. geschmeidig.  
 1 Stück Lanolinseife und ein reines  
 Handtuch liefern ich f. 10 Pf. p. Woche.  
 Handtuch: **Verleih-Just. L. Wagner,**  
**Neue Königstr. 17.**  
 Fernspruch-Amt VII. Nr. 2087.

**Gardinen-  
 Rester-Ausverkauf**  
 älterer Muster in weiß und creme zu  
 1-4 Metern passend, spottbillig in dem  
**Gardinenfabrik-Lager**  
**Berlin O., Grüner Weg Nr. 80**  
 part. Eing. vom **Plur (sein Laden).**  
 Neuheiten treffen täglich ein.  
**Wer-Stoff-hat.**  
 Fertige Anzug, 2 M., keine Futter-  
 laubere Arbeit, 2 Anproben, Hofe 3,00,  
 Winter-Paletot 18 M., wolleues Futter,  
 echter Sammetragen. **Münster. 26.**  
 part. **Ludwig Engel.**  
**Herren-Hosen-Reste**  
 zu Winterhosen, Reste zu Knaben-  
 Anzügen, spottbillig, unsonst zugefnd.  
 Anzug und Paletot-Reste für Herren  
**Münster. 26. part. Engel.**

**Möbel, Spiegel**  
 und  
**Polsterwaaren**  
 Reelle  
 Waare.  
**Franz Tutzauer**  
 Tischlermeister, **Blackerstr. 14.**  
 Ganze  
**Wohnungs-  
 Einrichtungen**  
 in Nussbaum u. Mahag.  
 zu soliden Preisen.

**Masken**  
 empfiehlt i. d. billigst. Preisen **Stenzel**,  
**Kottbuler Damm 8, fr. Dresdenerstr. \***  
 verleiht billig **Ferdin. Henke**,  
**Denneststr. 1. 30706\***

Allen Freunden und Bekannten die  
 traurige Mittheilung, daß mein lieber  
 Mann, der **Sattler**  
**Ernst Becker,**  
 am Freitag nach langem Leiden ver-  
 storben ist. Die Beerdigung findet statt  
 Mittwoch Nachm. 2 1/2 Uhr vom Trauer-  
 hause **Salmstr. 22** nach dem alten  
 Volkshaus, **Bergmannstraße.**  
 Die trauernde Wittwe **Aug. Becker.**

**Verband aller in der Metall-  
 Industrie beschäft. Arbeiter**  
**Berlin und Umgegend.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 29. Januar starb unser Mit-  
 glied, der **Sattler** 112/3  
**Friedrich Wermke.**  
 Ehre seinem Andenken.  
 Die Beerdigung findet am 2. Febr.,  
 nachm. 1/4 Uhr, vom **Augusta-Hospital**  
 nach dem **Dantes-Kirchhof**, **Zegeler**  
**Chaussee**, statt. Um rege Theilnahme  
 ersucht **Der Vorstand.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbe-  
 kasse d. Deutschen Wagenbauer**  
**(Zentrale Moabit).**  
 Sonnabend, den 30. Januar, ver-  
 starb das Mitglied 253/2  
**August Kalweit**  
 nach längerem Leiden an d. **Proletarier-  
 krankheit.** Die Beerdigung findet heute,  
 Dienstag, den 2. Febr., nachm. 3 Uhr,  
 vom **Trauerhause**, **Werstr. 18**, aus  
 statt. **Die Erbsverwaltung.**  
 Nicht wahrne ich jeden, meiner  
 Frau **Elisabeth Zillmann** geb. **Diller**  
 etwas zu borgen, da ich für nichts  
 aufkomme. 30676  
**W. Zillmann**, **Rid. Gobrechtstr. 10.**

**Blumenhandlung**  
**P. Abromeit, Berlin SW.,**  
**Blücherstr. 14.**  
**Kränze, Bouquets, Topf-  
 gewächse, Guirlanden etc.**  
**Billigste (Wartballen) Preise**  
 bei geschmackvoller Ausführung.  
**Kranzbinderei u. Blumen-  
 handlung Robert Meyer,**  
 57993\* von  
**No. 2. Mariannenstr. No. 2.**  
 Wohnungs-Kränze, Guirlanden, Ball-  
 sträußen, Bouquets zc. werden sehr  
 geschmackvoll und preiswerth geliefert.

**Musikautomat**  
 en, stammend billig 1020L\*  
**G. Schubert & Co.,**  
**Berlin SW., Beuthstr. 17, I. (Reisewagen.)**

**Deutsch. Porter**  
 Desert- u. Malzkrautbier 1. Rang.  
**Brauerei Burgdörfer, Potsdam.**  
 gegr. 1736, bel. f. **Blutarme, Brustkrank-**  
**Heicht, Wöden,**  
**Reform zc. d. leicht**  
**bestimm. nahrh.**  
**frühtigste Bier.** —  
**Inhaltlich best.**  
**best. Geschm. u.**  
**Genusslich jannah**  
**Aberr. 14 Flasch.**  
**dret. 50 jehm M.**  
**erst. Zu Geb. 1/2**  
**1/2, 1/4 u. 3. Selbst-**  
**abz. weicht. bill.**  
**Allein. Verkaufst.**  
**f. Berlin u. Prop.**  
**Porterfabrik**  
**Ringler,**  
**Berlin, Brun-**  
**nenstrasse 152.**  
**Nicht-Falschensahl**  
 — Qual. entscheib.

**Recht chinesische**  
**Mandarinendaunen**  
 (gesetzlich geschützt)  
 das **Pfund Mk. 2,85,**  
 natürliche Daunen wie alle inländischen,  
**garantirt neu und staubfrei,**  
 in Farbe ähnlich den Federdaunen.  
**anerkannt füllkräftig u. haltbar:**  
**3 bis 4 Pfund genügen zum**  
**grossen Oberbett.**  
 Tausende von Kartennachschreibern.  
 Besondere Sicherheit. Versand gegen  
 Nachnahme nur allein von der  
**ersten Bettfedernfabrik**  
 mit elektrischen Betrieb  
**Gustav Lustig,**  
**Berlin S., Pringelstr. 63.**

**Vorsäumen**  
**Sie nicht!**  
 Bei Robert von Schillingenmann über die  
 von ihm erfundenen Vorrichtungen (siehe  
 und ferner) hier, auf der bevorstehenden  
 Reichsversammlung, die am 1. März in  
 Berlin stattfindet, wird er seine Erfindung  
 öffentlich erläutern. Er ist bereit, sie  
 nach jeder Richtung hin zu erläutern und  
 nach jeder Richtung hin zu erläutern und  
 nach jeder Richtung hin zu erläutern.  
**Schillingenmann**  
**Stettin**

**Arbeitsmarkt.**  
**Kurbelhepper u. Stepperrinnen**  
 verlangt bei hohem Lohn 29725  
**David Riese**, **Jägerstr. 25.**  
**Geübte Manneils** auf **Jaquetts**  
 verlangt **Reumann**, **Pringstr. 36,**  
**3 Treppen. 30726**  
**Handnäherin verl. Urbanstr. 110, 111.**  
**Kunstschmied**  
 und Kunstschlosser für beste Schmiede-  
 und Treib-Arbeit sucht **Krause,**  
**Pringstr. 34. 30196**